



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 14.05.2018**
in der Welser Stadthalle stattgefundenene

23. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 17.37 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 22. Sitzung des Gemeinderates vom 09.04.2018 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 03.05.2018 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfragen

Anfrage von GR. Laurien Scheinecker, BA, gemäß § 10 GOGR an Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger betreffend Streetwork im Stadtteil Gartenstadt vom 30.03.2018
Verf-015-W-9-2018

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister Raggl-Mühlberger!

1. Wie sieht der momentane Personalstand bei Bereich Streetwork aus und wie hat sich der in den letzten zwei Jahren verändert?

Antwort:

Derzeit sind aktiv drei Mitarbeiter beschäftigt, zusätzlich befindet sich ein Mitarbeiter in Bildungskarenz und ab 1. Juli wieder im Einsatz. 2016 waren es 6,2 VZÄ und 2018 wurde vom Land OÖ auf 3,5 VZÄ gekürzt.

2. Werden im Stadtteil Gartenstadt Streetworker eingesetzt und wie oft?

Antwort:

Auf Grund der derzeitigen Situation mit einem Mitarbeiter Bildungskarenz ist eine Betreuung des Stadtteils Gartenstadt nicht möglich

3. Wenn nein, seit wann wird im Stadtteil Gartenstadt kein Streetwork mehr angeboten?

Antwort:

Im ersten Halbjahr 2017 konnten noch punktuell Streetworker eingesetzt werden, im zweiten Halbjahr wurde nur noch sporadisch Szenepresenz von einem Mitarbeiter wahrgenommen. Seit dem Jahr 2018 ist eine Betreuung des Stadtteils Gartenstadt nicht möglich.

4. Wird in den anderen Stadtteilen dezentrale Jugend- und Streetwork geleistet?

a. Wenn ja: Wo und wie oft?

Antwort:

Derzeit wird dezentrale Streetworkarbeit sporadisch in den Stadtteilen Neustadt und in der Innenstadt angeboten. Weiters wird am Gelände Alter Schlachthof und im Streetworkbüro Einzelfall- und Gruppenarbeit geleistet. Streetwork ist am Freigelände des Alten Schlachthofs mit aufsuchender Jugendsozialarbeit und als Sozialraumakteur präsent. Als ein Akteur neben vielen anderen kann Streetwork in Gespräch mit den Jugendlichen den Sinn bestimmter Regeln vermitteln. Im Rahmen der Szenepräsenz macht Streetwork Szenewahrnehmungen. Dies dient auch dazu am Puls der Jugendlichen zu bleiben.

Für die Jugendarbeit ist Herr Vizebürgermeister Kroiß zuständig, wobei mit den Jugendzentren in den Stadtteilen dezentrale Jugendarbeit angeboten wird.

b. Wenn nein: Gab es bei der dezentralen Streetwork Veränderungen in den letzten zwei Jahren?

Antwort:

Wie unter 4a) beantwortet wird dezentrale Streetworkarbeit angeboten, seit heuer jedoch nicht mehr im Stadtteil Gartenstadt.

5. Welche gewaltpräventiven Maßnahmen werden in den Stadtteilen – im Besonderen auch im Stadtteil Gartenstadt – durchgeführt?

Antwort:

Grundsätzlich ist das Thema „gewaltpräventive Maßnahmen“ im Kompetenzenkatalog nur unter Suchtberatung und Suchtprävention angeführt. Streetwork wirkt jedoch durch sein Beziehungsangebot gewaltpräventiv und konfliktregelnd.

6. Wie wird Kontakt zu Jugendlichen im Stadtteil Gartenstadt hergestellt und passiert das auch durch im Jugend- und Sozialbereich ausgebildetes Personal?

Antwort:

Wie bereits in den vorherigen Beantwortungen angemerkt, wird von den Streetworkern Kontakt über Feldarbeit zu den Jugendlichen gesucht. Mit dem Quartier Gartenstadt wurde gerade in diesem Stadtteil eine Anlaufstelle geschaffen, um Kontakt zu Jugendlichen herzustellen. Für nähere Informationen dazu wenden Sie sich bitte an den zuständigen Referenten, Herrn Vzbgm. Kroiß.

Die Ausbildung unserer Streetworker ist unterschiedlich, reicht von einem Lehramtsstudium bis zu diplomierten Sozialpädagogen.

7. Gibt es aufgrund der Ereignisse rund um die auffälligen Kinder und Jugendlichen Maßnahmen, die auch Gewaltprävention vermitteln?

Antwort:

Auf Grund der Vorfälle werden in den Quartieren Gartenstadt und Noitzmühle für Kinder und Jugendliche Gewalt- und Kriminalitätspräventionsworkshops angeboten. Es geht darum aufzuzeigen, welche Handlungen negative Konsequenzen erzeugen. Daher ist es entscheidend zu erörtern, wie Konflikte im Alltag entstehen und wie sie gewaltfrei gelöst werden können. Auf Grund der Ereignisse wurden von der KJH Standardmaßnahmen im Familienumfeld durchgeführt und führten dazu, dass betroffene Familien ihre Kooperation und Zusammenarbeit zusagten. Auch gab es bereits Gesprächsrunden unter Einbindung von Eltern und Polizei. Und heute Abend werden Herr Vizebürgermeister Kroiß und ich noch einen Termin im Quartier nach der Gemeinderatssitzung wahrnehmen.

8. Wie soll hinkünftig die Jugendarbeit in den Stadtteilen aussehen?

Antwort:

Es bestehen derzeit Jugendtreffs in der Vogelweide, Neustadt, Lichtenegg und Pernau. Derzeit befindet sich der Treff in der Noitzmühle im Bau. Sollten Sie detailliertere Auskünfte zur hinkünftigen Jugendarbeit benötigen, wenden Sie sich bitte an den zuständigen Referenten.

Anfrage von GR. Mag. Peter Sönser gemäß § 10 GOGR an StR. Klaus Hoflehner betreffend aktuelle Verkehrs-/Mobilitätsslage in Wels-Wispl
Verf-015-W-11-2018

Sehr geehrter Herr Stadtrat Klaus Hoflehner!

Situation/Skizze:

In Wels-Wispl liegen Wohnen und gewerbliche Betriebe im Bereich von Römerstraße, Oberfeldstraße/Neinergutstraße sowie Vogelweiderstraße – wie in sehr vielen Bereichen der Stadt – sehr nah beisammen. In Bezug auf die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer führt das regelmäßig zu teils äußerst kritischen Situationen bis hin zu erheblichen Gefährdungen.

Gemäß § 10 GOGR richte ich daher folgende Anfrage an Sie:

1. Bereich: Wie kann die bestehende Lücke beim Radweg entlang der Vogelweiderstraße – Kreuzung Vogelweiderstraße/Römerstraße bis Vogelweiderstraße/Einfahrt VFI – geschlossen werden und wann und in welcher Form ist mit einer Umsetzung zu rechnen?
2. Bereich: Von der Linie Wels besteht auf der Vogelweiderstraße Höhe Hydenstraße eine Bushaltestelle. Diese Bushaltestelle gibt es jedoch nur in eine Richtung. Um stadteinwärts zu gelangen, müssen NutzerInnen einen Umweg über Laahen und Neustadt in Kauf nehmen. Ursprünglich war eine weitere Haltestelle in Fahrtrichtung Innenstadt geplant. Die baulichen Voraussetzungen dafür sind geschaffen, allerdings

dient diese „nicht abschließend fertiggestellte Haltestellenbuch“ derzeit „wildem Parken“! Wann kann hier mit einer Umsetzung gerechnet werden und welche Initiativen können gesetzt werden, dass diese Haltestelle auch vom überregionalen öffentlichen Verkehr angefahren wird, da dies gerade für Schülerinnen und Schüler sowie auch für ältere Menschen eine wesentliche Verbesserung darstellen würde?

3. Bereich: Der LKW-Verkehr auf der Vogelweiderstraße führt regelmäßig zu Problemen im fließenden Verkehr. Dies führt insbesondere zu den sog. „Stoßzeiten“ vor allem in der Früh, Mittag und in den späten Nachmittagsstunden im Bereich der Werkzufahrten Teufelberger/VFI, die unmittelbar gegenüberliegend situiert sind, zu erheblichen Staus und damit verbunden Gefahrensituationen für sämtliche Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer. Welche Maßnahmen können hier getroffen werden, um insbesondere Rückstaubildungen bei der Zufahrt zur VFI zu vermeiden und wann kann mit einer Umsetzung gerechnet werden?

Bgm. Dr. Rabl: Wie mir StR. Hoflehner mitteilte, wird er die Anfrage in der Sitzung am 11.06.2018 mündlich beantworten.

Anfrage von GR. MMag. Stefanie Rumersdorfer gemäß § 10 GOGR an Bgm. Dr. Andreas Rabl betreffend Inserate im „Wochenblick“
Verf-015-W-12-2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Welche Inserate wurden seitens der Stadt Wels sowie der Beteiligungsunternehmen der Stadt Wels in den Jahren 2016, 2017 und 2018 im „Wochenblick“ geschaltet?

Antwort:

Die Stadt Wels schaltete 2016 zwei halbe Seiten, 2017 drei halbe Seiten, 2018 bisher keine Seite. Inserate durch Beteiligungsunternehmen sind uns leider unbekannt.

2. Welches Stadtsenatsmitglied, welches Ressort bzw. welches Beteiligungsunternehmen war für das jeweilige Inserat verantwortlich und wer hat es jeweils in Auftrag gegeben?

Antwort:

Die Inhalte der Inserate wurden von den jeweiligen Abteilungen bekanntgegeben. 3 x Kultur und Bildung, 2 x Bezirksverwaltungsbehörde. Die Gestaltung und der Auftrag erfolgt über die Öffentlichkeitsarbeit und durch die Öffentlichkeitsarbeit als Stadt. Die ressortmäßige Zuständigkeit der Öffentlichkeitsarbeit liegt beim Herrn Bürgermeister. Bei den Beteiligungsunternehmen ist uns das ebenfalls nicht bekannt.

3. Wie hoch waren die jeweiligen Kosten der einzelnen Inserate?

Antwort:

Bei der Beantwortung der Frage sind die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes 2000 einzuhalten. Für eine vollständige Beantwortung der Frage würde ich schutzwürdige, personenbezogene Daten betreffend der Kalkulation der Preise des Wochenblicks übermitteln, da keine Ausnahmeregelungen des § 8 Datenschutzgesetz 2000 erfüllt sind. Insbesondere liegen keine Zustimmung, keine gesetzlich übertragbare Aufgabe und keine Verpflichtung zwischen Auftraggeber und Betroffenen vor. Ich weise darauf hin, dass betreffend die Jahre 2016, 2017 und 2018 nach § 2 Abs.1 Z.2 und 3 Medienkooperations- und Förderungstransparenzgesetz keine Veröffentlichung auf der Website der KommAustria erfolgt ist. D.h. es war in keinem dieser Fälle der Grenzwert für eine Mitteilung überschritten.

Ich hätte prinzipiell kein Problem gehabt das Ganze zu beantworten. Es ist mehr aufgrund der letzten Aufsichtsbeschwerde von GR. Mag. Teubl, wo es eine Klarstellung der Landesregierung zu dieser Rechtsmeinung gibt, aber leider nicht möglich.

4. Was war das Datum der jeweiligen Auftragsvergabe?

Antwort:

Jeweils ca. 2-3 Wochen vor Erscheinung sind die Aufträge vergeben worden.

5. Welche Mittel zur Berechnung der Reichweite bediente sich die Stadt Wels, die Ressorts bzw. die Beteiligungsunternehmen, um den Werbewert dieser Inserate zu eruieren?

Antwort:

Bei der Reichweite gehen wir bei der Printausgabe von der bekanntgegebenen Auflage aus, Online sind es lt. Medium ca. 150.000 Besuche pro Woche, auf Facebook gibt es bezogen auf Oberösterreich keine Informationen.

6. Welche Auflagen wurden der Stadt Wels vom „Wochenblick“ genannt?

Antwort:

Je nach Verteilungsschwerpunkt zwischen 35.000 und 120.000 Stück.

Sollten noch Fragen offen bleiben, stehe ich gerne zur Verfügung. Ich hoffe die Antworten waren ausreichend.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend personelle Aufstockung der Polizei Wels
Verf-015-I-8-2018

Zum Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend personelle Aufstockung der Polizei Wels (Verf-015-I-8-2018) vom 05.03.2018 teilt die Landespolizeidirektion Oberösterreich Folgendes mit:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Andreas,

die neuerliche Resolution des Welser Gemeinderates vom 05.03.2018 ist bei der Landespolizeidirektion eingegangen und wird in Evidenz gehalten.

Wie bereits ausgeführt, ist die Landespolizeidirektion Oberösterreich bemüht die vorhandenen Fehlstände im Zuge der anstehenden Ausmusterungen bedarfsgerecht zu kompensieren.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Deutschklassen im Pflichtschulbereich; Resolution an das Bundesministerium für Bildung, die Oö. Landesregierung und den Landesschulrat für OÖ
Verf-015-I-18-2018

StR. Reindl-Schwaighofer: Der vorliegende Initiativantrag betrifft eine Resolution an die Bundesregierung. Es geht in dieser nicht um die Frage, ob die Form der Deutschklassen, wie sie jetzt vorgesehen sind, sinnvoll und pädagogisch wertvoll sind, Ziele erfüllen, sondern es geht darum, dass im Zuge dieses Gesetzes die Schulerhalter aufgerufen sind die notwendige Infrastruktur verfügbar zu machen. Vor kurzem fand eine Sitzung des Bildungsausschusses des Österreichischen Städtebundes statt. Ergebnis dieser Sitzung war, dass verschiedene Städte (in manchen Bereichen vergleichbar mit Wels) befürchten die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen in dieser kurzen Zeit nicht verfügbar machen zu können. Diese Resolution ist der Aufruf an uns sich gemeinsam schützend vor die Mitarbeiter des Hauses zu stellen, die einen Auftrag erhalten, der in dieser Form nicht umsetzbar sein wird. Sie wissen, wir als Schulerhalter sind für die Infrastruktur zuständig. Wenn wir in manchen Schulgebäuden keine Räumlichkeiten, keine Möglichkeiten haben diese gesetzlichen Vorgaben umzusetzen, haben wir in der Stadt Wels die daraus entstehenden Probleme zu bewältigen, nicht die Bundesregierung.

Ich ersuche sie gemeinsam diese Resolution zu beschließen. In vielen anderen Städten werden ähnliche Initiativen gestartet werden – davon bin ich überzeugt. Es geht darum, dass wir als Stadt Wels die notwendige Infrastruktur verfügbar machen müssen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, beim Gewerkschaftstag der Lehrer in Wels wurde mir berichtet, dass der Herr Bürgermeister vollstes Verständnis für die Kollegen in den Schulen hatte, die diese Befürchtungen formulierten. In den Medien wurde von den

Volksschuldirektorinnen der Stadt Wels eine Eingabe gemacht, in der deutlich darauf hingewiesen wurde, dass dieses System in dieser Form nicht umsetzbar ist.

GR. Schiefermayr: Der große Philosoph Arthur Schopenhauer sagte einmal: „Natürlicher Verstand kann fast jeden Grad von Bildung ersetzen, aber keine Bildung den natürlichen Verstand.“ Wenn man den natürlichen Verstand – sprich Hausverstand – einschaltet, kommt man automatisch zu folgender Schlussfolgerung:

Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Ohne ausreichende Deutschkenntnisse gibt es keinen Zugang zu Wissen. Im Klartext: Deutsch ist für den Unterricht unerlässlich. Da werden auch die sogenannten roten Bildungsexperten wohl kaum widersprechen können.

Apropos ROT: „Jedem Kind die gleichen Bildungschancen“ – eine alte Forderung der Sozialdemokraten oder „Wer will jedem Kind die Flügel heben“ – formuliert NEO-Strolz immer sehr theatralisch. Alles schön und gut, aber ohne ausreichende Sprachkenntnisse werden die Flügel lahm bleiben. Also von Durchstarten oder Abheben keine Spur!

Aus diesem Grund sind die von der Bundesregierung ab Herbst 2018 vorgesehenen Sprachförderklassen so immens wichtig. Ein paar Punkte daraus:

Erhöhte Treffsicherheit bei der Feststellung des Status außerordentliche Schülerin bzw. außerordentlicher Schüler aufgrund österreichweit einheitlicher standardisierter Testverfahren. Mehr und gezieltere Förderungen für jene Kinder und Jugendliche, die unzureichende Kenntnisse der Unterrichtssprache aufweisen. Bisher wurden die Schüler mit maximal 11 Stunden pro Woche gefördert. Zukünftig werden die Kinder in der Deutschförderklasse der VS mit 15 Stunden gefördert, in der Sekundarstufe 1 mit 20 Stunden. Neuer Lehrplan mit pädagogischem Schwerpunkt zum Spracherwerb von Deutsch. Einheitliche Sprachstandardüberprüfungen nach jedem Semester und damit Semesterweise Übertrittsmöglichkeit in den Regelunterricht. Gezielte Begleitung nach dem Übertritt in den Regelunterricht durch Deutschförderkurse im Ausmaß von 6 Stunden pro Woche.

Wer immer noch nicht glaubt, dass diese Maßnahmen der Schlüssel zum Erfolg sind, hier ein Beispiel aus der Hauptstadt Wien 2016:

Von den 15.000 getesteten Schülern in Wien haben rund 7.500 den Bildungsstandard in Deutsch nicht erreicht. 67 % dieser Gruppe hat Migrationshintergrund. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund dieses Bildungsstandards übertrifft knappe 13 %. Abschließend muss daher gesagt werden, dass ein weiteres Hinauszögern der dringend benötigten Maßnahme im höchsten Maße fahrlässig wäre. Der betreffende Antrag wird seitens unserer Fraktion daher abgelehnt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Wiesinger: Zu Beginn bedanke ich mich bei der SPÖ-Fraktion für das Lob der Arbeit der Bundesregierung, weil es keine Kritik inhaltlicher Natur gibt. Der ÖVP-Fraktion ist natürlich bewusst, dass die von der Bundesregierung im Herbst geplanten Umsetzungen eine große Herausforderung für die Pädagogen darstellen. Es wird sicher nicht einfach, deshalb mein Respekt und mein Dank an die Lehrer.

Doch ich glaube, die von der SPÖ-Fraktion gewünschte Zeit haben wir nicht mehr. Bei Verschieben auf nächstes Schuljahr würden wir ein Jahr an Zeit verlieren. Die Stadt Wels hat dieses Jahr Zeit nicht mehr. Bei unserem im Februar eingebrachten Antrag führten wir 30 % außerordentliche Schüler an. Das sind Schüler, die dem Unterricht wegen Mangel an der deutschen Sprache nicht ausreichend folgen können.

Am 9.5.2018 wurde in der HEUTE und am 10.5.2018 in der KRONEN ZEITUNG eine Studie veröffentlicht, in der es darum geht, dass der Kinderalltag oft nicht in Deutsch stattfindet, dass viele Kinder in ihrer Freizeit nicht deutsch sprechen. Der oberösterreichische Durchschnitt war 2017 19 %, dieser stieg ein Jahr später bereits um 2 %. Also 21 % der oberösterreichischen Kinder sprechen im Alltag nicht Deutsch, in Wels liegt der Wert bei 33,91 %. Oberösterreichweit liegt Wels dabei in der Spitze.

Sieht man sich diese Zahlen an merkt man, es ist klarer Handlungsbedarf gegeben. Es mag sein, dass nicht jede Schule die räumlichen Möglichkeiten hat. Als dreifacher Vater sage ich, wenn nur zwei Schulen im Herbst damit beginnen können, ist mir das schon Recht. Die Kinder zweier Schulen haben die Chance ausreichend Deutsch lernen zu können. Wir müssen rasch handeln – wer rasch handelt hilft doppelt. Aus diesem Grund werden wir diesen Antrag nicht unterstützen.

Ein Zitat von dir lieber Stefan: „Mit Maibaumsetzen gelingt keine Integration.“ Aber mit Anträgen an die Bundesregierung Maßnahmen nicht umzusetzen, wird es auch nicht gelingen.

GR. Scheinecker: Ob wir damit ein Lob an die Regierung aussprechen, lasse ich hintangestellt. Wir führen in diesem Antrag bewusst an was wir von diesen Deutschklassen halten oder auch nicht halten. Wesentlich für mich ist das Problem „Sachen über den Damm zu brechen“. Natürlich gehören Maßnahmen gesetzt. Es geht um jedes einzelne Kind, das gefördert werden muss und das so schnell als möglich. Aber spricht man mit den Lehrern befürchten diese, dass Volksschüler in Containerklassen sitzen müssen – diese Szenarien geistern nicht nur durch die Welser Bevölkerung sondern man liest es auch in den Zeitungen über die Stadt Graz.

Über den Inhalt der Forderungen der Bundesregierung diskutiert niemand. Wir brauchen jedoch Zeit uns zu überlegen wie dies funktionieren kann, ob wir die Räumlichkeiten dafür haben. Jetzt ist schon Mitte Mai, die Planung der Schulen betr. Raumkapazitäten braucht doch einige Zeit. Die Lehrer, Direktoren und Eltern sollten nicht vor den Kopf gestoßen werden. Deshalb unser vorliegender Antrag auf zeitliche Verschiebung, um die benötigten Räumlichkeiten und die Infrastruktur zur Verfügung stellen zu können bzw. zu ermöglichen.

GR. Mag. Teubl: Am Beginn dieser Debatte hatte ich den Eindruck, dass es sich hier um eine Themenverfehlung handelt, denn wir diskutieren heute nicht die Maßnahmen an sich – die Debatte über die Deutschklassen fand im letzten Gemeinderat statt. Zur Erinnerung: Wir standen uns zu, dass es in Wels auch Schulen geben wird, wo das durchaus eine sinnvolle Maßnahme ist.

Die heute zur Diskussion stehende Frage ist jedoch eine andere – nämlich die Frage der Umsetzbarkeit. Von sehr vielen Schulen kommen Rückmeldungen, wie es eigentlich nicht funktionieren kann. Kennt man den Schulbetrieb und weiß wie lange die Vorlaufzeit für

die Planung des nächsten Schuljahres ist, dann weiß man, dass das nicht funktionieren kann. Insofern stimme ich dem Kollegen Wiesinger nicht zu, wenn dieser sagt, wer schnell hilft, hilft doppelt. Sondern dieser Grundsatz Speed Kills kann durchaus auch heißen, wenn etwas schnell umgesetzt wird, wird auch doppelt geschlampt. Gerade solche Maßnahmen sollen im Sinne der Akzeptanz bei den Kollegen an den Schulen so umgesetzt werden, dass sowohl die räumlichen als auch personellen Voraussetzungen ganz exakt geklärt sind, denn nur dann kann man eine qualitätsvolle Arbeit liefern. Deshalb sollte man diese beiden Dinge auseinanderhalten.

Grundsätzlich ist es eine ideologische Diskussion. Da hilft es auch nichts, wenn man den armen Philosophen auch noch aus dem Grab herausholt, um damit zu argumentieren. Sondern es geht hier eigentlich nur um organisatorische Belange. Kennt man die Situation an den Schulen weiß man, die Zeitspanne ist tatsächlich zu kurz.

Bildungsminister Dr. Faßmann hat das in manchen Interviews indirekt eingestanden: „Es geht jetzt sehr schnell und manche sind damit überfordert. Deshalb ist es durchaus sinnvoll das aufzuschieben, um es für das kommende Schuljahr ordentlich aufzusetzen.“

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion und Danke dem Kollegen Mag. Teubl. Es ist eine Themenverfehlung, wenn wir systemisch diskutieren über die Frage wie der Unterricht funktioniert. Aber Kollege Schiefermayr, das ist halt bei den vorbereiteten Texten so, man könnte den falschen Text vorlesen.

Stellen wir uns nun die Frage was wir für unsere Schulen machen wollen, dann geht es um die Infrastruktur und nicht um die Frage, ob das System sinnvoll ist oder nicht. Hier muss ich Kollegen Wiesinger sagen, es geht nicht darum, dass wir sagen es ist super dass es so ist, sondern wir haben die Verantwortung, dass es ein Bundesgesetz gibt, welches wir umsetzen müssen. Nicht mehr und nicht weniger behandelt dieser Antrag. Dir dürfte entgangen sein, es geht nicht darum, dass von unseren Schulen zwei die Möglichkeit haben diese Deutschklassen durchzuführen, sondern das Bundesgesetz spricht ganz klar davon, dass wir das in allen Klassen einführen müssen. Dafür brauchen wir die Infrastruktur.

Ob Containerklassen, Infrastruktur usw., das wissen wir jetzt noch nicht. Es kann mir auch niemand sagen wie es wirklich sein wird, was wir wirklich verfügbar machen müssen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, es geht uns darum deutlich zu machen, dass wir als Kommune eine Verantwortung haben, der wir unter diesen Bedingungen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit nicht gerecht werden können. Ich ersuche sie nochmals in sich zu gehen und mit uns gemeinsam diesen Antrag zu beschließen.

Der Initiativantrag (Anlage 1) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

2.)

Rechnungshof; Follow up Prüfung 2017;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
DI-Präs-2035-2017

Bgm. Dr. Rabl: Die Follow up Prüfung des Rechnungshofs liegt vor. Es wurde vom Rechnungshof im Einzelnen geprüft, wie weit der Umsetzungsgrad schon vorhanden ist, wo man teilweise bzw. gar nicht umgesetzt hat. Vielleicht ein, zwei Anmerkungen dazu:

Die Follow up Prüfung ist relativ knapp nach der eigentlichen Prüfung durchgeführt worden, weshalb die von uns gesetzten Maßnahmen zum Teil noch gar nicht budgetwirksam werden konnten, weil das Budget 2017 im nächsten Kontrollausschuss zum Rechnungsabschluss kommt, weshalb der Rechnungshof auch nicht in der Lage war das Budget 2017 tatsächlich zu beurteilen und den Rechnungsabschluss miteinfließen zu lassen. Wir lieferten zwar Vorabinformationen. Würde man diese Daten ebenfalls miteinfließen lassen, dann wäre aus meiner Sicht zur Gänze ein Umsetzungsgrad zu attestieren gewesen. Aber wie gesagt, es lag doch an dem kurzen Zeitraum für die Umsetzungsprüfung im Detail.

GR. Ganzert: Aus den Medien geht hervor, der Follow up Bericht spricht ein großes Lob für die Stadt Wels aus. Das ist jetzt aber nicht die wundersame Geldvermehrung des Herrn Dr. Andreas Rabl – das gelingt selbst ihm nicht – sondern natürlich, das wissen wir alle, liegt es daran, dass wir die Anteile an der Allgemeinen Sparkasse für Oberösterreich verkaufen haben müssen, nachdem der Syndikatsvertrag nicht ein weiteres Mal verlängert werden konnte. Sehr viele Mittel wurden der Schuldentilgung zugeführt.

Der Bericht des Rechnungshofes liest sich sehr positiv. Der Rechnungshof ist jedoch oft sehr eigenwillig. Liest man sich alte Berichte durch, z.B. über das Welios, so wurde damals bekrittelt, dass der ehemalige Pächter „Urban im Park“ das Wort „Welios“ nicht in seiner Bezeichnung anführte. Das sei schädlich für die Marke Welios. Jetzt haben wir einen neuen Pächter – Cafe „Levinsky im Park“ - und es ist immer noch nicht das Wort „Welios“ enthalten. Im TOP 11. behandeln wir den Masterplan für unseren wunderschönen Tiergarten in Wels. Würde der Rechnungshof sich den Tiergarten anschauen, würde er zuerst schreiben wir müssen einen Eintritt verlangen, weil sich ansonsten der Betrieb des Tiergartens nicht rechnen könne.

Der Rechnungshof hat natürlich ganz eigene Mittel und Wege wie man etwas entsprechend begutachtet und zu einem Ergebnis kommt. Es kommt eine Anfrage des Rechnungshofes, die Stadt Wels schreibt einen netten Brief zurück und sagt, wir haben mit der Strukturreform, mit dem ICG-Prozess, mit dem KPMG-Prozess usw. begonnen.

Die ersten Zahlen des vorherigen Rechnungshofberichts beziehen sich auf einen Zeitpunkt der Budgeterstellung, wo die FPÖ-Fraktion jedes Mal, die ÖVP-Fraktion bis auf einmal mitstimmte. Mittlerweile sind diese Informationen in punkto Strukturreform usw. nach Wien gegangen.

Was ist denn übrig geblieben von diesen Reformen? Stichwort ICG – die berühmte Aufgabenkritik. Zu dieser setzten sich die Fraktionsobmänner mehrmals zusammen. Im Berichtszeitraum Herbst 2016 haben wir immer wieder vergeben können „Grün, Rot, Gelb“ - wie schaut es eigentlich aus? Diese Runde hat sich dann zerstreut bzw. hat sie nie mehr getagt. Bgm. Dr. Rabl traute sich nicht diese Aufgabenreform wirklich durchzuziehen. Dasselbe gilt für die Strukturreform. Wir tauschten viele Türschilder aus, aus den Städtischen Betrieben sind die Städtischen Dienstleistungen geworden, es wurden viele Dienststellen zusammengelegt. Deshalb sparten wir uns dennoch nicht viel, weil ohnehin einige Führungskräfte kurz darauf die Pension antraten, Zusammenlegungen von Dienststellen immer schon an der Tagesordnung standen, wenn es möglich war. Das zeigt sich auch jetzt – in der jetzigen Phase dieser Strukturreform sind noch keine Einsparungen möglich, weil wir natürlich ältere Führungskräfte weiterbeschäftigen müssen und noch neue Führungskräfte dazu kamen. Ich wiederhole es jedes Mal – es gibt auch heute noch Dienststellen, die keine Führungskräfte haben, wo man im Februar/März 2017 mit Zwang versucht hat diese neue Struktur darüberzustülpen.

Ich finde es grundsätzlich positiv, wenn sich in der Stadt Wels etwas tut und wenn der Rechnungshof dies als positiv erachtet, wir als Mandatäre ein positives Feedback aus Wien bekommen. Es gibt natürlich einige offene Punkte, z.B. wie ist das mit der Budgetkonsolidierung oder mit der tatsächlichen Reduktion der Schulden? Das ist noch nicht ganz ausgestanden, das sieht man beim Doppelbudget 2018/2019 – da steigt z.B. der Verschuldungsgrad wieder. Ich brauche gar nicht darauf eingehen, dass wir eigentlich eine andere Priorität bei der Verwendung der Mittel hätten, sprich Bildung, Kindergärten, Schulen und ein Gratisangebot an ganztägiger Schulbetreuung, als Spiele und viele Festivitäten, Amtsgebäude dort und Springbrunnen da. Das sei aber dahin gestellt.

Ich wünsche mir auf alle Fälle, dass der Herr Bürgermeister die Empfehlungen weiterhin ernst nimmt, dass wir es gemeinsam schaffen dem Rechnungshof Genüge zu tun und der Herr Bürgermeister die selbst gestellten Forderungen auch umsetzt. Oft habe ich das Gefühl gerade bei der Aufgabenkritik merkt der Herr Bürgermeister bald, es ist sehr unpopulär herzugehen und Dinge zu streichen, Dinge den Welsern wegzunehmen. Das wird auch der Grund gewesen sein, warum sich die vorhin angesprochene Runde nicht mehr traf und warum eigentlich Gott sei Dank vieles, was sich in der Stadt Wels bewährt hat, auch bis jetzt so geblieben ist.

GR. Hufnagl: In den verschiedensten Medien konnte man in den letzten Wochen ganz groß lesen „Rechnungshof lobt die Stadt Wels für die Finanzen“. In den OÖNachrichten, in der Rundschau, in den TIPS bis hin zur Monatlichen stand ein Artikel. Das war kein Wunder, es gab ja eine Presseaussendung der Stadt Wels vom 16.4.2018, in der diese Überschrift stand. Wir NEOS waren sehr gespannt als wir den Rechnungshofbericht bekamen, schauten ihn sehr genau durch und suchten nach diesem Lob. Gefunden habe ich aber ganz andere Sätze. Ich darf zitieren: „Die Stadt Wels setzt die Empfehlung den Haushalt nachhaltig ausgeglichen zu führen bislang noch nicht um. Zusatz: Kam jedoch im Haushaltsjahr 2016 in den Empfehlungen eine langfristige ausgeglichene Haushaltsführung verstärkt zu berücksichtigen ... nach.“ Weiters: „Die Stadt Wels hat Dank des Verkaufes der Anteile an der Sparkasse Schulden abgebaut.“ – Das ist etwas Positives. Im Nebensatz steht gleich wieder: „Bei ihren Beteiligungsunternehmen stiegen die Verbindlichkeiten jedoch an.“ Weiters ist zu lesen: „Weiters vermochte die Stadt Wels

bislang noch nicht der steigenden Verschuldung der Vorjahre durch eine nachhaltig konsolidierte Haushaltspolitik entgegenzusteuern. Die Empfehlung den Voranschlägen und Finanzplänen der kommenden Jahre die erforderliche Haushaltskonsolidierung, eine restriktivere Neuverschuldung bzw. deutlich sinkende Schuldenentwicklung zugrunde zu legen, setzte die Stadt nur teilweise um.“ Also ein so richtig großes Lob kann ich für meine Person noch nicht herauslesen.

Kollege Ganzert erwähnte es bereits, man muss wissen, dass sich gewisse umgesetzte Maßnahmen 2018 und 2019 wieder umkehren werden. Warum ist das so? Die Follow up Prüfung betrifft die Jahre 2014-2016. Aus den Budgets für 2018 und 2019 wissen wir, wir werden inzwischen wieder Schulden aufnehmen, d.h. 2018 werden wir Darlehen in Höhe von 12 Mio. Euro, 2019 von über 8 Mio. Euro aufnehmen. Die Verschuldung wird wieder auf 44/45 Mio. Euro steigen.

Natürlich finden sich in diesem Rechnungshofbericht einige umgesetzte Punkte, die Kassensicherheit des Welios wurde gewährleistet, es wurde die Vermietung im Welios überdacht, die Sicherheitsrisiken bei den Stadtkassen wurden ausgemerzt usw. Alles schön und richtig, aber diese umgesetzten Maßnahmen waren zum Teil wirklich einfach und kurzfristig umzusetzende Maßnahmen. Die Wahrheit ist, von den Maßnahmen betrafen neun das Welios und das Welldorado. 17 Maßnahmen empfahl der Rechnungshof, 9 davon betrafen das Welios oder das Welldorado – also diese kurzfristigen und leicht umzusetzenden Maßnahmen wurden umgesetzt. Die restlichen 8 Maßnahmen betrafen das Finanzgebaren der Stadt Wels. Von diesen wurden nur 4 umgesetzt. 2 davon wurden teilweise umgesetzt. Also in Schulnoten würde ich sagen, ist das ein „befriedigend“. Ein Lob gibt es bei mir bei einer Schulnote 1 oder 2, aber bei einem befriedigend noch nicht wirklich.

Besonders ärgert mich die Kommunikationspolitik der Stadt. Man holte sich aus dem Rechnungshofbericht das Positive heraus und es wurde veröffentlicht. Das Negative ließ man einfach unter den Tisch fallen. Wir NEOS stehen für das Flügelheben, wir stehen aber auch für Transparenz. Wir stehen auch dafür, dass man die Bürger vollständig, wahrheitsgemäß informieren muss. Diese Kommunikationspolitik der Stadt Wels hat mich ehrlich gesagt ziemlich verärgert, weil durch geschicktes Weglassen der negativen Tatsachen die öffentliche Meinung manipuliert wurde. Man legte nicht die vollständigen Tatsachen auf den Tisch. Es wäre ehrlich gewesen zu sagen, o.k. wir setzten alle Maßnahmen zum Welios, Welldorado um, bei den empfohlenen Maßnahmen zur Finanzsituation erreichten wir unsere Ziele noch nicht. Wir leiteten die Strukturreform ein, die erst 2017 wirken wird, aber wir sind noch nicht so weit wo wir hin wollen. In den nächsten zwei Jahren werden wir Schulden aufnehmen. Es wird wieder in die Gegenrichtung gehen. Man hätte den Bürgern sagen können, das liegt an den Investitionen, wir sind der Meinung, dass diese Investitionen wichtig und richtig sind ... – das wäre ehrliche Kommunikation gewesen. Aber einfach zu sagen „Rechnungshof lobt die Stadt Wels“ finde ich ist einfach ein bisschen zu wenig.

GR. Haböck: Die Erkenntnis, dass ein politischer Referent – in dem Fall auch der Finanzreferent – das Positive aus einer Prüfung erwähnt und dementsprechend medial verkauft, ist jetzt keine besonders lobenswerte Erkenntnis, das ist ganz normales Polit-Marketing. Deswegen ist es etwas müßig über Lob oder Tadel zu sprechen, weil sowohl das eine als auch das andere ist natürlich eine selbstverständliche Polit-PR. Das Entscheidende an diesem Rechnungshofbericht ist die Tatsache, dass Empfehlungen

umgesetzt wurden. Für mich – Kollege Hufnagl -, der schon länger als sie im Gemeinderat ist, ist es insofern wichtig diese Empfehlungen umzusetzen, weil ich den Bereich Rechnungshof – im Gegensatz zu Herrn Bürgermeister – überhaupt nicht für eine trockene Materie halte, sondern eigentlich das Thema Kontrolle, Finanzgebarung, Haushalt und Transparenz als eines der wichtigsten Bereiche in der Politik erachte und ich deswegen auch nicht lobenswert finde, wenn die Politik und die Verwaltung mit Steuergeld effizient und sorgsam umgeht, sondern es eigentlich für eine Selbstverständlichkeit halte.

Dass es aber bisher keine Selbstverständlichkeit war, sieht man am Thema Welldorado, das von den NEOS gerade doch etwas kleingeredet wurde. Natürlich war das Welldorado im Haushalt nicht das große Thema. Es wurde ein massiv hoher Betrag entwendet, der jetzt nicht direkt das Stadtbudget betraf. Was sich aber in der Causa Welldorado offenbarte – ich weiß das deswegen aus erster Hand, weil ich im Welldorado-Untersuchungsausschuss dabei war – ist die Tatsache, dass wir hier ein Sittenbild an Verantwortungslosigkeit auf mehreren Ebenen sahen. Deswegen ist es höchst erfreulich, wenn Empfehlungen zu diesem Bereich ausgesprochen werden. Wenn sie sagen es waren neun Punkte, dann zeigt das auch welches Ausmaß dieses Thema auf die Stadt und auf die Politik hatte.

Wenn die Empfehlungen umgesetzt werden konnten was Sicherheit, Überprüfung aber auch Kontrolle in der Verwaltung und in der Politik betrifft, dann ist es eigentlich nicht lobenswert aber selbstverständlich, zumindest erfreulich. Ich möchte dem Stadtrechnungshof danken, dass er jährlich mit seinen Empfehlungen und seinen strengen Prüfungen nicht nur aufzeigt was gut läuft, sondern auch aufzeigt, was nicht so gut läuft und gleichzeitig, wenn man es neutral sehen möchte, aufzeigt, wo Effizienzsteigerungen möglich sind, was wir in unseren Ausschüssen oder die Mitarbeiter in der Verwaltung gar nicht so sehr auf den ersten Blick sehen können. Gerade diese Effizienzsteigerung in der Mittelverwendung der Steuergelder und in Abläufen der Verwaltung und der Stadtpolitik sind es eigentlich auch wofür wir dankbar sein sollten. Das müssen wir nicht loben, aber wir sollten dankbar dafür sein und wir sollten als Mitglieder des Kontrollausschusses in diesem Fall politisch die Verantwortung wahrnehmen und aufzeigen dort wo es schlecht läuft. Dort wo es gut läuft als gutes Beispiel bringen und das dann sehr wohl auch medial aufzeigen. Schauen sie her, hier konnten wir etwas verbessern und dieser Weg ist richtig.

GR. Dr. Csar: Als Landtagsabgeordneter bin ich Mitglied im Kontrollausschuss, habe das Vergnügen bei den Kontrollausschusssitzungen des Landes dabei zu sein. Dort wird über zahlreiche Berichte des Landes- und Bundesrechnungshofes diskutiert – damit setzen wir uns intensiv auseinander. Warum sage ich das? Ich weiß genau wie diese Berichte aussehen und deren Ergebnisse. Ich weiß aber auch wie seltsam der Bericht des Rechnungshofes betreffend die Stadt Wels ist. Deshalb seltsam, weil sehr viele Punkte umgesetzt wurden und der Rechnungshof mit Kritik sehr zurückhaltend war. Er hat die gesetzten Maßnahmen durch die Stadt anerkannt für die nachhaltige Sanierung des Budgets, für die nachhaltige Neuausrichtung der Stadt Wels. Der Bericht sagt auch, dass die Stadt Wels auf dem richtigen Weg ist.

Es ist wichtig innerhalb der Stadtregierung, innerhalb der Koalition Maßnahmen und Akzente zu setzen, die es ermöglichten den Rechnungshofbericht in dieser Art und Weise zu bekommen und zu diskutieren. Es sind sehr viele Maßnahmen umgesetzt und

anerkannt, dementsprechend wertgeschätzt worden. Es sind jedoch noch einige Punkte offen. Ich gebe Kollegen Hufnagl Recht, wir müssen uns natürlich die restlichen Punkte ansehen, um zu einer hundertprozentigen Erfüllung zu kommen.

Ich möchte aber nicht, dass die Arbeit der Stadtkoalition schlecht geredet wird, sondern ich möchte, dass diese wertgeschätzt und nicht immer nur nach Fehlern gesucht wird. Es wurden viele Maßnahmen umgesetzt, die für viele selbstverständlich sind, aber bis jetzt in Wels nicht Standard waren. Daher war es uns als Koalition wichtig, dass wir einen Standard einführen, der anerkannt und niedergeschrieben wurde. Ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiter des Magistrates. Sie haben die Maßnahmen aufgezeigt, dementsprechend bearbeitet und umgesetzt. Es war innerhalb kurzer Zeit sehr vieles möglich. Wir sind auf dem richtigen Weg – dafür ein herzliches Dankeschön!

GR. Hufnagl: Auf die Wortmeldung des Kollegen Haböck darf ich kurz replizieren: Ich stimme deiner Wortmeldung zu und schließe mich ihr völlig an. Ergänzen möchte ich aus der Sicht der NEOS noch Folgendes: Wir sagen, die Bürger geben der Politik anhand von Steuern und Abgaben ihr Geld. Hier sind wir uns einig. Die Politik hat die Verantwortung sorgsam mit diesem Geld umzugehen. Die Bürger haben auch das Recht ordentlich darüber informiert zu werden, wie das Geld ausgegeben wird bzw. ob es ordentlich ausgegeben wurde oder nicht. Bei dieser Information wünsche ich mir einfach Fakten, Zahlen. Dem Dank an die Beamtenschaft schließe ich mich an. Aber wir sollten bei der Wahrheit bleiben und sagen, das ist passiert, das kommt noch oder so weit sind wir noch nicht, nur einfach nicht immer alles über den grünen Klee loben. Das sind wir den Bürgern schuldig.

Bgm. Dr. Rabl: Eines möchte ich festhalten, von 17 vom Rechnungshof ausgesprochenen Empfehlungen sind 13 zur Gänze, 2 teilweise und 2 noch nicht erfüllt, wie der Rechnungshof richtig sagt, wobei die Haushaltskonsolidierung auf gutem Weg ist.

Lieber Stefan, ich weiß zwar nicht wo du arbeitest, ich glaube beim Magistrat der Stadt Wels. Wenn bei dir tatsächlich die Einsparungen der Stadt noch nicht angekommen sind, muß ich mir überlegen was in deiner Dienststelle falsch läuft. Eigentlich sollte auch bei dir die Restrukturierung längst angekommen sein – vielleicht machst du dir einmal einen Termin bei Dr. Törek und bei Dr. Barth, die dir dann erklären, dass Millionen Euro inzwischen allein aus dem ICG-Prozess eingespart wurden. Es würde mich auch wundern, wenn du das nicht weißt, weil du selbst kritisierst genau diese Einsparungen. Als Beispiel: Die Jugendherberge mit 250.000 Euro war eine solche Einsparung aus dem ICG-Prozess, die umgesetzt wurde. Dazu ist von deiner Fraktion massive Kritik geübt worden, wie ich weiß. Also jetzt zu sagen wir hätten davon nichts umgesetzt, obwohl Millionenbeträge eingespart wurden, halte ich für etwas kühn und kann das nur zuschreiben entweder, dass du Berichte nicht gelesen oder sie nicht verstanden hast. Beides halte ich für denkbar. Tatsache ist, du solltest diesbezüglich schon etwas besser informiert sein, weil du damit Mitarbeiter des Hauses desavouierst. Deswegen bin ich ein bisschen erzürnt, weil es nicht sein kann, dass die Arbeit dieser Mitarbeiter negiert wird, die Stunden, Wochen, Tage daran arbeiten genau diesen Reformprozess durchzusetzen und mehr Leistungen erbracht haben als es üblich ist, um diesem Haus diese Haushaltskonsolidierung zu ermöglichen, die wir geschafft haben. Ich bin froh, dass im Rechnungsabschluss für das Jahr 2017 genau dieses positive Ergebnis fortgeführt werden kann. Also bitte informiere doch bei den leitenden Mitarbeitern was tatsächlich beim ICG-Prozess umgesetzt wurde. Es ist mehr als du dir vorstellen kannst.

Das Gleiche gilt für die Strukturreform. Die Strukturreform war längst überfällig, wenn man sich überlegt, dass es Dienststellen gab, die neben dem Dienststellenleiter überhaupt nur einen Mitarbeiter hatten. Da muss ich mir schon die Frage stellen warum das denn so war? Ich glaube es schwingt ein bisschen mit, dass die SPÖ selbst nicht in der Lage war diese Strukturreformen umzusetzen. Wenn ich mir überlege wie lange es dauerte nur die Dienststelle umzusetzen, in der du jetzt arbeitest – nämlich im Facilitymanagement. Wir diskutierten fünf Jahre lang darüber. In der Koalition setzten wir es in einem Jahr um. Da siehst du was es bedeutet, wenn man einen Plan, eine Strategie, ein Ziel hat und es entschlossen umsetzt und nicht nur herumredet und sich fürchtet, dass irgendetwas passiert. Nein, wir haben das tatsächlich auf den Weg gebracht. Darüber bin ich sehr dankbar, weil damit natürlich nachhaltig das Budget konsolidiert wird. Dass es nicht auf einmal geht, ist richtig. Es wurde nur das Budget 2016 geprüft, mehr war nicht möglich, da der Rechnungshof sobald kam. Hätte man das Jahr 2017 noch dazu genommen, hätten die Zahlen noch besser ausgesehen. Ich bin froh, dass im nächsten Kontrollausschuss genau über dieses Budget 2017 berichtet wird.

Aber, wenn man dann sagt wir haben zu wenig gespart, bin ich der Erste, der sagt, wir können noch das eine oder andere einsparen. Aber immer dann, wenn es um Einsparungsvorschläge geht heißt es, nein da können wir nicht sparen. Ich würde mir einmal wünschen von Seiten der SPÖ aber auch der NEOS zu hören, wo denn noch zusätzlich effizienter gearbeitet werden kann. Leider fehlen mir bisher diesbezügliche Vorschläge, bin aber jederzeit bereit diese entgegenzunehmen.

Deswegen halte ich es für richtig und sinnvoll, dass der Rechnungshof einmal diese Leistungen anerkannte, weil es ein mühsamer Weg war. Für viele Betroffene war der Weg schwer. Im Magistrat haben wir wirklich Einsparungsmaßnahmen getroffen, die Mitarbeiter haben Großartiges geleistet, wenn man bedenkt, dass nicht mehr so viele Mitarbeiter wie früher in diesem Haus arbeiten, weil sich die Last auf weniger Schultern verteilte. Das jetzt schlechtzureden finde ich von der SPÖ nicht in Ordnung. Das möchte ich hier ausdrücklich sagen. Danke an die Mitarbeiter, die sich so bemühten, die so viel Einsatz zeigten, dass genau dieses Ergebnis möglich war. Sie haben mit ihrer Leistung und ihrem unglaublichen Einsatz es geschafft Millionen Euro für die Stadt Wels einzusparen, die wir vorher Schulden gemacht haben. Das war nur mit diesem Aufgabenprozess, dieser Strukturreform möglich. Es war aus meiner Sicht ein Monsterprojekt, welches es in dieser Form die letzten 15 Jahre nicht gab. Ich kann mit gutem Recht sagen, wir verfügen heute über eine moderne Verwaltung. Es ist auch etwas zu tun – das ist keine Frage. Es gibt immer ein paar Schraubchen nachzudrehen, aber der große Wurf ist uns gelungen. Wir haben eine richtig moderne Verwaltung mit richtig modernen Strukturen, darauf kann man aus meiner Sicht durchaus stolz sein.

Der Rechnungshof sagt das auch in der Teilziffer 7: Eine langfristig ausgeglichene Haushaltsführung wurde berücksichtigt. – Umgesetzt! Konsolidierungsmaßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Lage – Umgesetzt! Also auch auf diese Punkte möchte ich hinweisen. Wenn er schreibt nicht umgesetzt, dann schreibt er noch nicht umgesetzt. Der Weg stimmt schon, nur man kann nicht verlangen, dass man in einem einzigen Budget im Jahr 2016 gleich alles sieht. Aber ich bin mir sicher, wenn es den Rechnungsabschluss 2017 gibt, sind diese Zahlen durchaus ersichtlich.

Wenn wir den Rechnungsabschluss 2017 in diesem Haus besprechen würde ich mir wünschen, dass genau jene Kritiker, die heute sagen, nein das reicht nicht, nein es ist nicht genug, den positiven Weg und die positive Richtung erkennen. Eines ist klar: Das Budget ist eine Sache, die Umsetzung eine zweite Sache. Relevant ist das, was am Schluss am Tisch liegt. Der Stadtrechnungshof stellt in seiner Blitzanalyse zu Recht perfekte und sehr positive Werte zu den Budgetzahlen sicher. Das ist nur gelungen, weil wir uns alle bemühten ausgeglichen zu bilanzieren, zu sparen, um das Geld für die Welsler Bürger zu haben.

Lieber Stefan, auch das ist dir vielleicht entgangen in diesem Zusammenhang, wenn du sagst wir geben kein Geld für Kindergärten aus. Über 4 Mio. Euro geben wir in den nächsten zwei Jahren für die Kindergärten aus. Das ist einer der Schwerpunkte, die wir in diesem Zusammenhang haben, weil uns das gerade so wichtig war. Wenn man überlegt, was wir alleine in den letzten Jahren in die Schulen investierten, nämlich über 20 Mio. Euro nur für die Schulsanierungen in der Rainerstraße, Puchberg usw., dann war gerade dieser bildungspolitische Schwerpunkt ein Schwerpunkt, der uns ganz besonders wichtig war, weshalb es für mich nicht nachvollziehbar ist, dass gerade dieser Bereich von dir kritisiert wird, weil dort Millionen Euro hineinflossen.

Lieber GR. Hufnagl, wenn gesagt wird, naja Transparenz ist wichtig, dann darf ich daran erinnern, dass wir erst vor einem Jahr die Transparenzdatenbank als einer der ersten Gemeinden und Städte eingeführt haben. In anderen Städten gibt es das in dieser Form noch nicht, wo jeder Bürger sich genau anschauen kann wo sein Geld hingeflossen ist, welche Subventionen welcher Verein in welcher Höhe bekommen hat, oder jede einzelne Person. Also all das ist auf den Cent genau nachvollziehbar. Auch das war eine Maßnahme, die aus meiner Sicht sehr wichtig war. Ich darf daran erinnern, gerade der Rechnungshof der Stadt Wels wurde mit Rechten ausgestattet, die weit über jene hinausgehen, die vorher die Kontrollstelle in der Stadt Wels hatte. Gerade weil mir Kontrolle wichtig ist. Wir trennten ja auch die Innere Revision vom Rechnungshof, weil wir sagten, das passt eigentlich nicht wirklich zusammen. Die Innere Revision ist etwas anderes. Das macht jetzt Frau Mag. Kubin, die herausragende Arbeit leistet. Gerade die Innere Revision ist wichtig, funktioniert und ist ausreichend personell ausgestattet. Vorher gab es dafür kein eigenes Personal, sondern Doppelverwendungen. Diese Doppelverwendungen waren aus meiner Sicht nicht ideal.

Darüber hinaus schafften wir eine neue Dienststelle, nämlich das Controlling. Dafür wurde ein eigener Mitarbeiter eingestellt. Wir wollten alles transparent gestalten. Wir wollen, dass es Kontrollzahlen, Benchmarks gibt, woran man messen kann wie erfolgreich unsere Verwaltung ist. Der derzeitige Dienststellenleiter arbeitet sehr erfolgreich daran ein Controlling-System in der Stadt zu verwirklichen, weil uns das gerade ein großes Anliegen ist.

Insgesamt bin ich daher der Meinung im Jahr 2016 ein herausragendes Ergebnis vorzulegen, welches der Rechnungshof würdigte und wir im Jahr 2017 noch ein besseres Ergebnis vorlegen können. Richtig ist - das kann ich durchaus zugestehen -, wir werden in den Jahren 2018 und 2019 Schulden machen. Aber das liegt an der Vielzahl und Fülle von Maßnahmen. Wir beschlossen über 30 Mio. Euro an Investitionen in einem Jahr. Wenn ihr dagegen seid neue Schulden zu machen, würde ich ersuchen diese Maßnahmen nicht zu beschließen, dass irgendwer von ihnen aufsteht und sagt, das können wir uns nicht leisten. Auf der einen Seite ist man schon der Gute, der sagt, ja wir

machen das, auf der anderen Seite, wenn es Geld kostet, heißt es, naja mit den Schulden bin ich nicht einverstanden. Also, wenn ich „Hüh“ sage muss ich auch „Hott“ sagen. Ich kann es mir nicht aussuchen und Rosinen picken, was mir gerade gefällt. Man muss schon ehrlich bleiben. Das ist dann auch die Information, die ich mir für den Bürger wünschen würde. Der Bürger soll schon wissen, dass das, was wir hier beschließen, Geld kostet und dass es das Geld des Bürgers ist, welches ausgegeben wird.

Die Budgetkonsolidierung ist keineswegs nur über den Verkauf der Sparkassenanteile erfolgt, wie das jetzt manchmal von der SPÖ darzustellen versucht wird. Es war ein wesentlicher Budgetbeitrag – das ist völlig richtig. Aber wir haben weit darüber hinaus Budgeteinsparungsmaßnahmen ergriffen genau aus diesem Grund, weil wir keine weitere Sparkasse mehr haben. Es war der letzte Verkauf, welcher der Stadt Wels zur Verfügung stand ohne die Substanz angreifen zu müssen, ohne dass die Daseinsvorsorge gefährdet wird. Deswegen war es für mich wichtig zu sagen, parallel zum Sparkassenanteilverkauf haben wir drei, vier Jahre – nicht länger – Zeit, in denen wir weiterhin investieren können wie bisher, aber wir müssen unsere eigenen Ausgaben in den Griff bekommen. Deswegen war immer ganz vorne dabei die Forderung, dass wir ungefähr 15 bis 17 Mio. Euro Überschüsse im ordentlichen Haushalt hervorbringen müssen, um unsere eigenen Investitionen langfristig zu finanzieren, ohne Schulden.

Ich betone jedoch, die SPÖ war dagegen es so umzusetzen. Weil man offensichtlich nicht bereit ist weitere Sparmaßnahmen durchzusetzen und an einem Strang zu ziehen – das bedaure ich übrigens sehr. Bis zur nächsten Budgeterstellung hoffe ich hier mehr Überzeugungsarbeit zu leisten, damit wir gemeinsam diesen Weg fortsetzen können. Nur das ist ein nachhaltiger und zukunftsweisender Weg, nur dann kann man von einer verantwortungsvollen Finanzpolitik sprechen, wenn auch unsere Kinder und Kindeskiner noch vernünftig investieren können ohne auf einem großen Schuldenberg zu sitzen und nicht zu wissen wie man diesen Schuldenberg wieder abbaut. Wir sahen in Wr. Neustadt was passiert, wenn ein Bürgermeister abgewählt wird. Dort sperrten Kindergärten und Freibäder zu, die Altenheime wurden verkauft usw. Das ist keine verantwortungsvolle Politik.

Ich bin jedenfalls nicht bereit mich als Finanzreferent zur Verfügung zu stellen und zu sagen, ich kann Schulden machen wie ich will, das ist alles ganz egal. Es ist wichtig verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürger umzugehen, Einsparungen zu treffen, die auch weh tun können – das stimmt -, für die man auch kritisiert wird – auch gut so. Es gibt immer unterschiedliche Interessen, dann muss man halt das auf sich nehmen und es tatsächlich umsetzen. Wichtig ist nachhaltig einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Das ist uns gelungen, der Rechnungshof hat uns das bestätigt.

Vzbgm. Kroiß: Vielen Dank. Bei diesem Tagesordnungspunkt kommt es zu keiner Abstimmung, nur zu einer Debatte, weil die Feststellungen des Rechnungshofes (Anlage 2) weder einer Bestätigung bedürfen noch abgeändert werden können.

3.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels vom 30.06.2017;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss vom 23.04.2018:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

	<u>25 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>1 Nein-Stimme</u> (NEOS)
und	<u>3 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ganzert, GR. Mag. Humer und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels vom 11.12.2017;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss vom 23.04.2018:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditüberschreitung wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

	<u>25 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>1 Nein-Stimme</u> (NEOS)
und	<u>3 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ganzert, GR. Mag. Humer und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels vom 09.04.2018;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2018/001

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 23.04.2018:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

25 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)
und 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ganzert, GR. Mag. Humer und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

6.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels vom 16.04.2018
FD-Buch-14-2018/002

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 23.04.2018:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlagen 1 und 2) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

24 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)
und 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Ganzert, GR. Mag. Humer und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

7.)

A8 Anschlussstelle – Wimpassing; Grunderwerb von Frau Anna Huber,
Wels, Wimpassinger Straße 122
DI-LV-46-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 23.04.2018:

Für die Schaffung des Autobahnanschlusses Wels-Wimpassing sowie der Aufschließungsstraße für das Betriebsbaugelände Wimpassing wird von Frau Anna Huber, Wels, Wimpassinger Straße 122, das Grundstück Nr. 242/1 mit einem Gesamtausmaß von 2.578 m² zum Gesamtaufpreis von € 217.000,-- erworben.

Die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, ausgenommen eine zur allfällig zur Vorschreibung gelangende Immobilienertragssteuer, gehen zu Lasten der Stadt Wels.

Der Abschluss beiliegenden Kaufvertragsentwurfes wird genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ganzert, GR. Mag. Humer und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

8.)

Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft,
eingetr. Genossenschaft mbH, Wels, Laahener Straße 21a;
Kauf des ASKÖ-Sportplatzes-Sauerbruchstraße;
Nachtragsvereinbarung
BauD-LV-11-2018, miterledigt:
DI-LV-35-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 23.04.2018:

Der Abschluss beiliegender Nachtragsvereinbarung zum Kaufvertrag vom 29.03.2012 wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

9.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend die Sommerferienaktion 2018,
Tarifordnung – Ferienaktion 2018
BK-J-123-2018

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss vom 19.03.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Tarifordnung für die Ferienaktion 2018 beschließen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Bei der Dienststelle möchte ich mich für das wirklich abwechslungsreiche Programm bedanken. Es freut mich heuer ganz besonders, dass wir Erlebnis- und Erholungstage für beeinträchtigte Kinder zum ersten Mal anbieten. Hier gilt man Dank Frau Karoline Reischl, die uns tatkräftig unterstützte. Es gibt jeden Tag für die Kinder ein abwechslungsreiches Programm durch speziell geschultes Personal und Pädagogen sorgen dafür, dass die Kinder eine besondere Betreuung bekommen und auf ihre Bedürfnisse besonders eingegangen werden kann. Das ist auch eine Entlastung für die Eltern.

Bedanken möchte ich mich natürlich bei Herrn Florian Aichhorn, der immer ein offenes Ohr hat für neue Ideen und Anregungen. In diesem Jahr handelt es sich um ein Pilotprojekt. Ich hoffe es wird sehr erfolgreich, dann können wir das Programm für beeinträchtigte Kinder im nächsten Jahr noch ausbauen.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Vorab möchte ich mich im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion für die Arbeit in der Abteilung sehr herzlich bedanken, allen voran, wie jedes Jahr, dem Herrn Mittermaier und seinem gesamten Team. Ebenso ein Dank an Frau Karoline Reischl, die mit Rat und Tat der Dienststelle zur Seite stand.

Ich hoffe, dass es nicht so weiter geht wie im Jahr 2016, es waren 180 Anmeldungen weniger als in den Vorjahren. Im Voranschlag ist zu sehen, dass die Ausgaben höher als die Einnahmen sind. Ich nehme an der Referent und die zuständige Abteilung wird darauf schauen das Programm noch attraktiver zu gestalten, wobei man sagen muss, dass das bestehende Programm wirklich sehr toll ist. Vor allem wird die Natur mehr eingebunden, das ist sehr lobenswert. Nochmals einen herzlichen Dank dafür.

Bgm. Dr. Rabl übergibt des Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

StR. Josseck-Herdt: Beim Beschluss der Tarifordnung sieht man sich wie jedes Jahr das Programm näher an. Ich finde es sehr attraktiv. Besonders freut mich die Tatsache, dass nach vielen Jahren wieder das Singen angeboten wird. Es werden nicht nur Singstunden sondern echte Chorworkshops mit einer Orchesterprobe und einer Aufführung angeboten. Das ist für die Kinder sicher ein tolles Erlebnis.

Ich möchte nicht verabsäumen ihnen mitzuteilen, dass wir in den städtischen Horten bzw. in jenem Hort, der den Sommerjournaldienst macht (Hort Herrengasse), auch wieder ein tolles Ferienprogramm anbieten. Jede Woche gibt es einen anderen Schwerpunkt. Heuer ist es zum zweiten Mal gelungen Plätze für die Kinder, die während des Jahres nicht in der Hortbetreuung sind, zu ermöglichen. Unser angebotenes Programm ist sehr attraktiv. In diesem Zusammenhang möchte ich mich sehr herzlich beim pädagogischen Team bedanken, welches dieses Programm zusammenstellte, weil wir alle wissen wie schwierig es für die Eltern ist diese lange Ferienzeit zu überbrücken. Mit dem Angebot der Stadt Wels und den anderen Vereinen, die ebenfalls ein schönes Programm bieten, stehen wir sehr gut da und die Eltern können beruhigt ihrer Arbeit nachgehen während kein Schulunterricht stattfindet.

GR. Haböck: Die nahenden Sommerferien sind für die Schüler eine wunderbare Zeit, können aber vor allem für die berufstätigen Eltern durchaus Stress verursachen nämlich dann, wenn es darum geht, den Kindern in dieser langen Zeit einerseits ein gutes Programm, viele Aktivitäten zu ermöglichen, andererseits aber auch vor allem mit den Arbeitgebern die Zeiten zu vereinbaren, dass die Kinder gut betreut sind. Daher ist es wirklich erfreulich, dass die Stadt Wels ein sehr breites Angebot anbietet. Ein Dank auch von unserer Seite an die zuständige Stelle, die dieses Programm gestaltet.

Diesen Punkt möchte ich nutzen um darauf hinzuweisen, dass viele private Organisationen und Vereine täglich oder wöchentlich Programme anbieten. Es ist nicht selbstverständlich, dass diese Programme sehr stark wachsen und dementsprechend gut angenommen werden. Danke auch an die privaten Unternehmen in Wels, die diese Organisationen, die private Vereine jedes Jahr finanziell aber auch organisatorisch unterstützen. Aus eigener Erfahrung spreche ich vom Ferienprogramm Talentolino des Familienbundes. Es ist super, wenn die Eltern eine breite Auswahl haben, was die Kinder in den Sommerferien machen können. Das macht Wels zu einer wirklich lebenswerten Stadt, damit sich die Familien und die Kinder wohlfühlen.

Vzbgm. Kroiß: Eine Richtigstellung: Die Einnahmen waren 2017 schon noch höher als die Ausgaben, nur es bestand ein Besucherrückgang. Dieser ist darauf zurückzuführen, weil wir ein umfangreiches Angebot von vielen privaten Vereinen (Abenteuer Familie, Kinderfreunde) haben, die ebenfalls ein reichhaltiges Programm anbieten. Weiters wurden 2017 witterungsbedingt mehrere Veranstaltungen abgesagt. Ebenso hatten wir das Problem, dass auf den Flyern eine Werbung war und dies ein Problem in den Schulen darstellte. Das war nicht erlaubt. Heuer wurde diese Werbung nicht mehr aufgedruckt, d.h. ich bin durchaus zuversichtlich wieder mehr Besucher, mehr Kinder bei den Veranstaltungen zu bekommen. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

10.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der
Stadt Wels nach dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009;
Maßnahmen- und Finanzplan 2018
SD-AWi-527-2018

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss vom 26.04.2018:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4600 Thalheim, Am Thalbach 110, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzplan 2018 wird in einem Rahmen von € 65.336,-- mit den monatlichen Akontozahlungen von € 5.445,-- - alle Beträge zuzüglich Umsatzsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt – genehmigt.

Einstimmig angenommen.

11.)

Welser Tiergarten;
Fortschreibung des Masterplanes;
Genehmigung bzw. Grundsatzbeschluss
SD-StaG-48-2018

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss vom 26.04.2018:

1. Die Fortschreibung des im gegenständlichen Amtsbericht dargestellten Masterplans Tiergarten Wels wird genehmigt.
2. Ein Kostendämpfungsverfahren zu den einzelnen Projekten ist durchzuführen.

GR. Wohlschlager: Wenn sie der Meinung sind, dass ich nun eine Lobesrede auf den Welser Tierpark halte, dann liegen sie richtig. Als waschechte Welserin habe ich seit frühester Kindheit Erinnerungen an Besuche im Welser Tierpark. Besonders an das Schachspiel mit meinem Uropa erinnere ich mich gut und freue mich immer wieder, dass es dieses Angebot auch heute noch gibt. Die Tradition der Tierparkbesucher führte und führe ich natürlich auch mit meinen Kindern fort. Wöchentlich sind wir als Überbrückung der Wartezeit vor bzw. nach der Musikschule dort. Auch bei Besuch von Freunden und Verwandten führen uns Spaziergänge oft in den Welser Tierpark.

Die Besucher begeistert am meisten der freie Eintritt. Damit gehört er zu den wenigen Tiergärten in Oberösterreich, die auch ein soziales Angebot haben. Bei den in der

Vergangenheit immer wieder aufkommenden Diskussionen, ob es nicht doch sinnvoll wäre Beiträge bei den Besuchern einzuheben, verfolgte ich mit Spannung den Ausgang.

Ich bin der Meinung, dies wäre der absolut falsche Weg. Nur mit dem weiterhin kostenlosen Eintritt ermöglichen wir dem Tierpark das zu bleiben, was er ist - eine Wohlfühloase und ein wichtiges Naherholungsgebiet der Welser. Davon kann sich an sonnigen Tagen jeder selbst überzeugen. Sei es nur für einen Spaziergang oder einen Besuch der attraktiven Spielplätze, die vor einigen Jahren neu gestaltet wurden und seither speziell an den Wochenenden und den Feiertagen von Familien gut besucht werden. Die Welser gehen gerne hin. Wie wir vergangenen Samstag bei der Muttertags-Matinee bemerkten, ist der Tiergarten auch der perfekte Veranstaltungsort für das eine oder andere kleine oder größere Konzert.

Besonders angetan war ich noch vor meiner politischen Laufbahn von der Neuausrichtung des Tierparks nach dem Masterplan aus dem Jahr 2011. Der neugestaltete Spielplatz beim Tierparkbuffet, der Märchenwald und die farbige Beschilderung sind nur einige der umgesetzten Maßnahmen, die dem Tierpark zu neuem Aufschwung verhelfen. Doch auch das beste Konzept kommt in die Jahre und gehört überarbeitet. Der uns nun vorliegende Masterplan ist ein ehrgeiziges Ganzes, welches aus Einzelprojekten besteht, die nacheinander in einem Zeitraum von ca. 10 Jahren umgesetzt werden sollen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an den Leiter des Welser Tiergartens Dr. Gajdon. Beim Studieren des Masterplans lässt sich nicht nur viel Engagement, sondern auch Herzblut erkennen, das in ihre Arbeit einfließt. Ein herzliches Dankeschön ihnen und allen Beteiligten.

Dankbar bin ich für die Fortführung der Vermittlungsprogramme, die in Kooperation mit Frau Mag. Gudrun Fuß und Frau Mag. Margit Zauner abgehalten werden. Mit Abenteuer Familie, dem Welser Familienverein, buchten wir die beiden Zoologinnen schon für verschiedene Themenschwerpunkte. Die Kinder zeigten sich jedes Mal begeistert und wissbegierig, es waren sehr kurzweilige, sehr interessante und gut gestaltete Stunden mit viel mitgebrachtem Anschauungsmaterial.

Auch die Erweiterung der ganzjährigen Attraktivierung begrüße ich sehr, wie ein selbst im Winter begehbare Affenhaus (Haus der Kobolde), die neue Konzeption der Nutztiere mit offenem Frontstall, ein Papageienhaus mit Besucherkanzel und ein Terrarien-Raum fallen kostentechnisch natürlich ordentlich ins Gewicht. Hier schließt sich für mich der Kreis wieder. Es ist unsere Aufgabe als Stadt für Kinder und Familien attraktive Erholungsgebiete zu schaffen, den Bildungsauftrag zu erfüllen. Es ist mir jedoch ein Anliegen dabei die finanziellen Mittel im Auge zu behalten, speziell im Sinne unserer nächsten Generation.

GR. Prähofer: Die neuen Maßnahmen im Rahmen des Masterplans für die Gestaltung der Anlage, das Tierprogramm, das pädagogische Konzept sowie der Artenschutz sind hervorragend, sehr ambitioniert und nachhaltig geplant. Von Seiten der ÖVP-Fraktion möchte ich einen herzlichen Dank an Dr. Gajdon und allen an dieser Konzeptentwicklung Beteiligten aussprechen.

Die Maßnahmen sollen in erster Linie den Effekt haben den Tiergarten das ganze Jahr über attraktiv und zukunftsfit zu machen, das gleichermaßen für private Besucher und für Vermittlungsprogramme. Uns ist es ganz besonders wichtig, dass auch in Zukunft der

Gratisbesuch des Tiergartens garantiert wird. Die Umsetzung ist natürlich mit höheren finanziellen Mitteln verbunden und ist auf Grund der vielen Maßnahmen nachvollziehbar. Wir sprechen uns heute natürlich für diesen Beschluss aus, aber unsere Zustimmung ist auch an den Zusatz der Durchführung der Kostendämpfungsverfahren jeder einzelner Projekte gebunden.

GR. Hufnagl: Ich kann mich meinen Vorrednerinnen nur voll inhaltlich anschließen. Der Tiergarten Wels hat mich als gebürtigen Welser immer schon begleitet. Ich besuchte den danebenliegenden Kindergarten, war natürlich auch mit meinen Kindern dort und diese waren von den Tieren sowie dem anschließendem Buffetbesuch mit Eis sehr begeistert. Der Tiergarten hat mir immer schon gefallen, weil es ein Ort der Stille, der Ruhe und der Entspannung ist. Das sollten wir erhalten und pflegen und es macht sicher Sinn ihn weiter aufzuwerten, damit auch im Winter mehr Besucher kommen.

Meine Bitte wäre den Eingangsbereich in der Maria-Theresia-Straße auffälliger zu gestalten, weil er einfach zu wenig gesehen wird. Neulich wurde ich darauf angesprochen, weil sie nicht wussten, dass Wels einen Tiergarten hat. Deshalb wäre es wichtig den Eingang sichtbarer zu machen, damit auch Nicht-Welser den Tiergarten besuchen. Ich bin überzeugt, dass auch Auswärtige nach einem Besuch immer wieder kommen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Der Tierpark ist ein innerstädtisches Naherholungsgebiet, ein Kleinod. Wir wollen auf dem Weg bleiben und weiterhin keinen Eintritt verlangen, weil wir der Bevölkerung dieses qualitativ hochwertige Gelände verfügbar machen wollen. Ich möchte mich beim Zoologen ganz herzlich für diesen hervorragenden Bericht bedanken. Es steht viel Herzblut mit gut durchdachtem Konzept dahinter. Es geht dabei um die Ausweitung und die Attraktivierung für den Winter – ein ganz wesentlicher Punkt.

Ich möchte mich bei der Referentin bedanken, die in diesem Bereich sehr, sehr wichtige Akzente setzt, um die Freizeitqualität für unsere Kinder und die Familien in unserer Stadt zu verbessern. Danke Frau Vizebürgermeisterin!

Ganz besonders gefällt mir, dass im längerfristigen Konzept Tiere zur Begegnung verfügbar gemacht werden, das ansonsten nicht üblich ist. Im Winter wird der wollige Bergtapir ein guter Beitrag sein. Mein Lieblingstier, die Schildkröte, soll stärker in den Vordergrund gestellt werden. An ihr gefallen mir ihr dicker Panzer und ab und zu die Möglichkeit den Kopf einzuziehen sehr gut. Danke.

Vzbgm. Huber: Ich darf mich bei den GR. Wohlschlager, Prähofer, Hufnagel und StR. Reindl-Schwaighofer für die positiven Wortmeldungen bedanken und habe ein klares Bekenntnis zum freien Eintritt in unseren Tiergarten und zum Masterplan herausgehört. Das natürlich unter sorgfältiger Planung der Kosten. Ich bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015, Änderung Nr. 14
BZ-BauR-5020-2015

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 15.02.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (14. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

StR. Lehner: Bevor ich in die Tagesordnungspunkt einsteige, möchte ich in Erinnerung rufen, vor zwei Sitzungen haben wir unseren langjährigen Baudirektor Dipl.-Ing. Karl Pany gedankt und ihn in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Heute möchte ich den Regierungsbaumeister Dipl.-Ing. Ralph Grager bei uns begrüßen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und hoffe, dass wir viele gute Projekte im Baubereich für Wels gemeinsam weiterbringen. Alles Gute und viel Erfolg in Wels.

Applaus!

GR. Schönberger: Ich merkte es im Ausschuss schon an, beim Bau eines weiteren Geschäfts- oder Bürozentrums in der Nähe des Kindergartens bei einer Einfahrt unmittelbar nach der Unterführung sollte die Oberfeldstraße verkehrstechnisch unter die Lupe genommen werden. Wer freitags oder samstags die Möglichkeit hat in der Oberfeldstraße mit dem Auto unterwegs zu sein stellt fest, dass durch die Neueröffnung gegenüber dem Bauhaus dieses Thema dort nicht einfacher werden wird.

Dieses neue Projekt wird verkehrstechnisch nicht unbedingt einen positiven Beitrag in der Oberfeldstraße leisten. Ich fordere sie auf, bevor wir dort unkontrollierter Weise ein Ding nach dem anderen hinsetzen, endlich ein vernünftiges Verkehrskonzept für die gesamte Oberfeldstraße anzustreben. Das ist dringend notwendig, wird durch vor sich herschieben nicht besser, sondern gehört abgearbeitet.

StR. Lehner: Danke, ich gebe dir vollkommen Recht. Die Oberfeldstraße ist eine der wenigen Straßen mit regelmäßigen Verkehrsbeeinträchtigungen. Das ist jeden Nachmittag der Fall. Es wurde von der Stadtentwicklung gemeinsam festgelegt, dass es hier weitere Entwicklungsschritte geben wird.

In der Zellerstraße werden in den nächsten Wochen wieder Wohnungen an die Mieter übergeben. Es wird hier mehr Verkehr geben und ich freue mich, wenn diese Initiative eines Verkehrskonzeptes für die Oberfeldstraße intensiv angegangen wird. Gemeinsam haben wir das Thema Nordumfahrung schon angesprochen. Das ist die langfristige Lösung, aber es bedarf wahrscheinlich auch kurzfristiger verkehrstechnischer Maßnahmen, um die Situation dort für die Anrainer bzw. die Nutzer der aktuellen und zukünftigen Gebäude zu verbessern.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015, Änderung Nr. 45 und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015, Änderung Nr. 12
BZ-BauR-5013-2017

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 23.04.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (45. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (12. Änderung) beschließen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: „Was lange währt, wird endlich gut“ und so freue ich mich ganz besonders, dass wir heute im Gemeinderat unter Tagesordnungspunkte 13. und 15. die Lebenshilfe behandeln, die in unserer Stadt eine wichtige Rolle für beeinträchtigte Menschen spielt. Das Wohnhaus in der Gabelsbergerstraße hat eine falsche Widmung und darum war es nicht möglich dieses umzubauen.

Der Lebenshilfe war es ein großes Anliegen, dass die Situation der Bewohner gleich bleibt. Das heißt gleiche Lokalität, gleicher Stadtteil, denn dort kennen sie sich aus. Sie wissen, wie sie angefangen vom Nahversorger über den Arzt alles erreichen können. Somit hat man sich entschlossen anstatt der Werkstätte ein Wohnhaus zu errichten. Inzwischen wird für ca. drei Jahre in die Rodlbergerstraße in das alte Raiffeisengebäude übersiedelt, um dann wieder in das neue Gebäude in der Gabelsbergerstraße einziehen zu können.

Derzeit werden ca. 32 Menschen mit Beeinträchtigung in der Werkstätte beschäftigt. Es wird immer versucht mit Firmen zusammen zu arbeiten. Daher möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bei der Lebenshilfe für ihr Engagement für unsere Stadt bedanken.

GR. Dr. Csar: Ich möchte mich diesem Dank anschließen. Die Lebenshilfe leistet eine ganz wesentliche Arbeit für unsere Gesellschaft, besonders in Wels. Ich spreche aus eigener Erfahrung, weil ich dort Zivildienster war, mich engagierte und einbrachte. Ich weiß deren Arbeit daher zu schätzen. Sehr wichtig dabei ist auch die Arbeitsmöglichkeit bei Firmen.

Es ist sehr wichtig und notwendig die Räumlichkeiten auszubauen und neu zu gestalten. Sie sind in die Jahre gekommen und es gehört hier einfach einiges investiert. Ich freue mich nachher neu adaptierte Räumlichkeiten zur Verfügung zu haben, damit das Angebot auf neuestem Stand gebracht und beibehalten werden kann.

GR. Ganzert: Dem Dank an die Lebenshilfe und auch an die Caritas Invita (Top 14) darf sich die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion anschließen. Aber auch bei den zahlreichen Vereinen und Ehrenamtlichen möchten wir uns bedanken für die zahlreichen Modelle, die es in der Stadt Wels gibt und die vielen Menschen eine Chance geben. Das Mindeste an Unterstützung ist ihnen bei diesen Verfahren die Hilfe zukommen zu lassen, die sie benötigen.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015, Änderung Nr. 46 und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015, Änderung Nr. 13
BZ-BauR-5014-2017

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 23.04.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (46. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (13. Änderung) beschließen.

StR. Lehner: Bei Punkt 14. möchte ich die Möglichkeit ergreifen der Caritas und der Lebenshilfe zu danken. Diese leisten hervorragende Arbeit bei der Betreuung von beeinträchtigten Menschen.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 403/2.7 (Stadtteil Neustadt)
BZ-BauR-6012-2017

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 23.04.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 403/2.7 (Stadtteil Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

16.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Förderung der Ordinationsgründung von Ärzten für
die Allgemeinmedizin
Verf-015-I-19-2018

GR. Schönberger: Beim gegenständlichen Antrag soll die ärztliche Grundversorgung in Wels in Angriff genommen werden. Wir beschlossen vor kurzem eine Förderung für eine Medizinerin. Im Wirtschaftsausschuss war ich damals schon der Meinung, dass Förderungen im Gesundheitswesen eigentlich nicht im Wirtschaftsausschuss anzusiedeln sind. Zudem ist das Thema zu dramatisch und zu brisant, um es nebenbei zu besprechen. Diese Dinge gehören ordentlich aufgearbeitet und angegangen. Wir müssen uns als Stadt Wels dazu bekennen Ärzte nach Wels holen zu wollen.

Wir befinden uns in einem knallharten Wettbewerb in ganz Oberösterreich, um Allgemeinmediziner nach Wels zu bekommen. Ende des Jahres werden uns drei Allgemeinmediziner fehlen, daher wird jeder zehnte Welser keinen Hausarzt mehr haben. Nicht weil er keinen Hausarzt will oder so gesund ist, sondern weil er von keinem anderen Hausarzt genommen wird. Dr. Strobel will im Oktober seine Praxis schließen und die Bewerbungsfrist dafür läuft morgen aus. In einem gestern mit ihm geführten Gespräch sagte er mir, dass es auch keinen Bewerber dafür geben wird. Das ist dramatisch, wenn sie nicht so mobil sind und keinen zu Fuß erreichbaren Hausarzt haben. Erkranken sie morgen, so müssen sie sich überlegen, wer sie krankschreibt.

Das sind die auf uns zukommenden Themen. Sie müssen den Vorgesetzten erklären, dass sie keine Krankmeldung innerhalb der vorgeschriebenen drei Tage erhalten werden, da es keinen Hausbesuch aufgrund des Hausärztemangels gibt. Einfach zu sagen, dass sich dieses Thema schon erledigen wird, haben wir bei der Suche eines Amtsarztes gerade erlebt. Deshalb muss ich sie bitten diese Dinge ernst zu nehmen. „Wir haben zu wenige Ärzte“, „Nachfolge für Hausärzte fehlen auch in Städten“, das ist keine Erfindung der SPÖ-Fraktion, sondern Schlagzeilen in der Kronenzeitung.

Wenn wir uns nichts einfallen lassen um ein gewisses Headhunting zu betreiben, um junge Ärzte dafür zu interessieren in Wels eine Ordination zu eröffnen, dann werden wir in absehbarer Zeit ein echtes Problem haben. Das Ende der Pensionierungswelle ist noch nicht erreicht, weil wir bis Ende 2021 mindestens noch weitere vier Hausärzte in Wels verlieren werden. Wir als Gemeinderäte, im Speziellen der Bürgermeister, müssen dann erklären, warum wir keine ärztliche Versorgung mehr anbieten können. Diese im Antrag niedergeschriebenen 5.000 Euro könnten der Anfang sein, aber in Wirklichkeit geht es darum ein vernünftiges Fördermodell auszuarbeiten, wie wir zu jungen Allgemeinmedizinerinnen kommen.

Wenn sie über einen guten Kontakt zu den Turnusärzten im Krankenhaus verfügen, dann machen sie mit diesen einen Stammtisch. Fragen sie die Ärzte was wir tun müssen, damit sie in Wels eine Praxis eröffnen. Es muss nicht bei diesen 5.000 Euro bleiben,

sondern es soll einen Anstoß geben eine ordentliche Förderung auf den Weg zu bringen, die jungen Ärzten es ermöglicht in Wels als Allgemeinmediziner tätig zu werden für uns, unsere Bevölkerung und für die Menschen, die uns gewählt haben.

GR. Schäfer: Zu Beginn dieser Gemeinderatsperiode beschlossen wir eine neue Wirtschaftsförderrichtlinie. Diese ermöglicht es uns Förderschwerpunkte dort zu setzen, wo wir sie individuell brauchen. Aus meiner Sicht zeichnet das eine moderne, effiziente und wirtschaftliche Verwaltung aus. Eine neue Ärzterichtlinie zu erlassen macht keinen Sinn, denn das Investitionsvolumen zur Errichtung einer neuen Arztpraxis liegt zwischen 100.000 und 200.000 Euro. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wegen dieser Förderung von 5.000 Euro oder auch 10.000 Euro ein Arzt nach Wels geht. Aus unserer Sicht ist das ein reiner Mitnahmeeffekt und deshalb auch abzulehnen.

GR. Wildfellner: Die Argumentation enttäuscht mich, weil wir geschworen haben das Beste im Gemeinderat für die Welser Bevölkerung zu tun. Wenn wir jetzt wissen, dass uns praktische Ärzte abgehen werden, dann ist es unsere Pflicht – ganz egal wie – die ärztliche Versorgung der Welser Bevölkerung sicherzustellen. Wir wollen alle nicht dazu gezwungen sein Wahlärzte aufzusuchen, weil sich das nicht jeder leisten kann. Nicht jeder ist finanziell in der Lage das zu tun oder bei Problemen Online-Ärzte zu befragen. Die praktischen Ärzte sind sozusagen das Herzstück der medizinischen Versorgung. Jeder Welser Bürger hat das Recht einen praktischen Arzt zu haben, genauso wie das Recht auf Wasser oder sonstige elementare Versorgung von uns zu bekommen.

Es ist egal, ob es 5.000 Euro an Förderung sind. Vielleicht könnten wir Ärztezentren errichten, damit sich praktische Ärzte in Wels niederlassen. Sie werden früher oder später nicht nur bei den praktischen Ärzten sondern auch bei den Fachärzten, Altenpflegern etc. einen Mangel feststellen und sich etwas einfallen lassen müssen, um die Welser Bevölkerung, für die wir da sind, zu versorgen.

StR. Lehner: Ich kann Barbara Wildfellner nur Recht geben, weil wir in den nächsten Jahren massiv gefordert sind Pflegepersonal auszubilden bzw. Pfleger zu bekommen. Genauso sind wir gefordert Ärzte, aber auch Facharbeiter in vielen anderen Bereichen zu bekommen. Einerseits kommen jetzt geburtenschwächere Jahrgänge und andererseits schreitet die Demografie so voran, dass sehr viele Menschen auch in Österreich pflegebedürftig oder mehr medizinische Leistungen in den nächsten Jahrzehnten in Anspruch nehmen werden. Daher braucht es mehr Initiativen.

Ich glaube, diese 5.000 Euro an Prämie für Ärzte, die nach Wels kommen sollen, werden nicht zu einer Ärzteschwemme in Wels führen, sondern dieser Betrag wird ein Mitnahmeeffekt für diese Mediziner. Diese haben sich zu diesem Zeitpunkt schon für den Standort Wels entschieden, daher haben 5.000 Euro keinerlei Steuerungseffekt. Wir sollten darauf achten, dass es jetzt nicht auch in der Sozialversicherungsgemeinschaft zu einer Endsolidarisierung kommt. Denn ich habe heute gelesen, dass die sozialdemokratische Obfrau der GKK einen Vertrag beschlossen hat, mit dem die Ärzte in den nächsten zehn Jahren um 10 % mehr Honorar bekommen und praktische Ärzte bei einer Ordinationseröffnung bis zu 40.000 Euro Prämie von der GKK erhalten. Das führt dazu, dass eventuell Mediziner, die in Wien studierten und dort ausgebildet wurden, nicht mehr in ihre Heimatstädte, nach Wels zurückkehren. Hier würden wir sie genauso benötigen, aber sie bleiben dann in Wien.

Ich würde darum bitten die Kontakte in der Sozialdemokratie zu nutzen, um die Solidarität im Gesundheitswesen voranzutreiben. Es soll nicht dazu führen uns mit Förderungen zu überbieten, sondern wir müssen schauen die Welser bestmöglich zu versorgen und dafür kämpfen, dass Mediziner und andere Fachkräfte in die Stadt kommen. 5.000 Euro sind hier das falsche Signal oder ein zu kleiner Anreiz nach Wels zu kommen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Der Antrag sagt nicht mehr und nicht weniger, als dass wir uns überlegen müssen wie wir es schaffen Anreize zur Gewährleistung der medizinischen Versorgung für die Welser Bevölkerung zu bieten. Lieber Peter Lehner, dieser Mitnahmeeffekt wird bei manchen Unternehmen auch so sein.

Überlegt sich ein Arzt als praktischer oder als Facharzt in einer Region sich anzusiedeln, brauchen wir neben den Standortfaktoren, wie kulturelle Ausstattung und Freizeitmöglichkeiten, Lebensqualität, auch Anreize, die die eine oder andere Entscheidung in Richtung Wels beeinflussen. Es soll uns die Verantwortung dafür bewusst sein. Grundsätzlich laufen wir in den Bereichen der Fachkräfte in ein demografisches Problem. Es wird, wie auch bei den Technikern und anderen Fachkräften, darum gehen, dass wir als Region, als Stadt etwas Besonders vorweisen, um eine Entscheidung soweit zu beeinflussen, damit ein Problem gelöst werden kann.

Dieser Antrag geht in die richtige Richtung und ich glaube es reicht der Verweis auf eine Wirtschaftsförderung für einen Mediziner einfach nicht. Es geht darum, dass wir als Stadt Wels uns etwas überlegt haben und den Ärzten ein Angebot machen, um sich in Wels niederzulassen. In den nächsten Jahren werden wir stark damit konfrontiert werden, dass Menschen keine ärztliche Versorgung bekommen, weil es die Ärzte einfach nicht mehr gibt, die vorhandenen Ärzte zu viele Patienten betreuen und keine zusätzlichen aufnehmen können. Ich ersuche diesen Antrag in diese Richtung zu sehen und nicht aus Justament-Standpunkt diesen Antrag abzulehnen.

GR. Hufnagl: Ich sehe es eigentlich so wie Kollege Reindl-Schwaighofer. Es ist richtig, wir werden das österreichweite Problem des Ärztemangels nicht mit dieser Förderung lösen. Aber es ist ein kleiner Baustein, ein kleiner Anreiz. Natürlich wird es einen gewissen Mitnahmeeffekt haben. Schaffen wir es in den nächsten Jahren einen, zwei oder drei Ärzte in Wels anzusiedeln, haben wir erreicht, dass dieser wahrscheinlich bis zu seiner Pensionierung in Wels tätig ist. Diesen kleinen Anreiz sehe ich als wichtig an.

Wenn wir Wirtschaftsförderungen für Unternehmer vergeben, warum soll der Arzt - der auch zum Teil ein Unternehmer ist – kein Anrecht auf eine solche Förderung haben? Im Sinne der Gleichberechtigung würde ich das schon begrüßen und daher werden wir NEOS diesem Antrag zustimmen.

GR. Mag. Parzmayr: Ich möchte einige Richtigstellungen vorbringen. Der Antragstext sagt schon, dass eine Richtlinie für die Förderung der anfallenden Investitionskosten bei einer Ordinationsgründung ausgearbeitet wird. Als Hinweis für Herrn GR Hufnagl: Natürlich kann der Arzt die Wirtschaftsförderung in Anspruch annehmen. Beschließt der Referent das, kann er diese in Anspruch nehmen. Laut Antragstext dieses Initiativantrages würde nur diese Förderung ersetzt. Das heißt, ein Mehr an Bürokratie bei gleichem Ergebnis und für dieses Mehr an Bürokratie setzen wir uns selbstverständlich nicht ein. Bei den hohen Investitionssummen eines Arztes bei Ordinationsgründung ist diese Wirtschaftsförderung sicher für eine Standortentscheidung zu wenig. Natürlich freut

sich jeder Arzt, wenn er etwas dazubekommt. Eine eigene Förderung halten wir für nicht praktikabel und werden wir deshalb diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. Ganzert: An der Dauer der Diskussion und der Anzahl der Wortmeldungen ist die Wichtigkeit dieses Themas erkennbar. Danke, Herr GR. Schönberger, für die Ausführungen. Auf Facebook gibt es dazu einige Gruppen wie „Welser helfen“. Hier wird etwas verschenkt, jemand möchte etwas loswerden und bietet es gegen Selbstabholung an. Fast jeden Tag ist dort aber auch zu lesen, dass ein Hausarzt gesucht wird. Als Antwort werden dann verschiedenen Telefonnummern angeführt, die alle zu dem Ergebnis führen, dass der Arzt niemanden mehr aufnehmen kann.

Wir schaffen dadurch das teuerste System, weil Patienten das Klinikum aufsuchen und dort die benötigte Hilfe erhalten. Allerdings ist das mit Abstand das Teuerste und das möchten wir verhindern. Die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion stellten 2016 einen Dringlichkeitsantrag in dem die Gesundheitsreferentin aufgefordert wird, alle in ihrem Bereich liegenden Schritte einzuleiten, um die Nachbesetzung der freien oder freiwerdenden Stellen der allgemeinmedizinischen Praxen in Wels sicherzustellen, damit die quantitative und qualitative Gesundheitsversorgung der Welser Bevölkerung gewährleistet ist. Kollege Schönberger sprach die Situation der vakanten Stelle in Wels-Nord an. Als Begründung wurde im Dringlichkeitsantrag angeführt: „Die Nachbesetzung der Mediziner hinsichtlich der allgemeinmedizinischen Praxen ist dringend erforderlich, um die quantitative und qualitative Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung zu gewährleisten.“

Ich zitiere GR. Mag. Parzmayr: „Dieser Antrag beschäftigt sich mit einem schon länger virulenten Problem. Jeder von uns kennt die Medienberichterstattung. Es gibt einen Ärztemangel und vor allem einen Mangel an Allgemeinmedizinern. Dieser wird auch die Stadt Wels treffen, das ist schon länger bekannt. Im Jahr 2014 lag das Durchschnittsalter der niedergelassenen Hausärzte in Wels bei 55 Jahren. Jeder kann sich ausrechnen - es kommt eine Pensionswelle auf uns zu. Die Nachbesetzung ist oft sehr schwierig. Demgegenüber haben wir in Wels eine wachsende Bevölkerung, vor allem eine wachsende Bevölkerung im höheren Alter. Wenn man älter wird, benötigt man öfter einen Arzt und daher wird der Bedarf steigen. Wir ersuchen die zuständige Referentin schon vorab zeitgerecht Maßnahmen zu treffen, um die quantitative und qualitative Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.“

Macht die SPÖ-Fraktion einen Vorschlag, wird dieser erst einmal abgelehnt und dem Ausschuss zugewiesen. Ein Jahr später wird er dann von der Koalitionsmehrheit gelobt und sehr stark bejaht. Der Herr Bürgermeister hat unseren Vorschlag betreffend Transparenzdatenbank sehr gelobt und ihn zu seinem Nachsatz zum Bericht des Rechnungshofes hineingepackt. Der Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wurde von der Koalition ein Jahr liegengelassen. Mein Dank geht an die Beamtenschaft, die sehr viel probierte, aber es dauerte dann über ein Jahr bis zur Fertigstellung. Ich fände es schade, wenn es jetzt wieder über ein Jahr dauern sollte, bis die Koalition auf dieses Thema aufspringt. Wer den Antrag ganz genau liest weiß, der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt Richtlinien für die Förderung von Investitionskosten, die bei der Ordinationsgründung von Ärzten für Allgemeinmedizin mit Kassenvertrag in Wels anfallen, auszuarbeiten. Um mehr kann es in der Beschlussfassung gar nicht gehen. Als Begründung ist angeführt, es könnten beispielsweise 10 % der tatsächlich geleisteten und nachgewiesenen Investitionssumme, maximal jedoch € 5.000,- sein. Der Antrag

selbst ist nur ein Ausfluss des Beschlusses der FPÖ- und ÖVP-Fraktion, der besagte, Frau Vizebürgermeister möge dieses vakante Problem doch in Angriff nehmen.

Das tut sie indem sie versucht Dinge zu ermöglichen. Ich dachte immer „Wels ermöglicht“, „Wels pulsiert“ und in Wels tut sich viel. Beim Durchlesen der Protokolle war spätestens seit 2016 auch der FPÖ/ÖVP-Koalition schon bewusst, dass es große Probleme, Mängel und fehlende Ärzte gibt. Anstelle heute darüber zu diskutieren, weil es nur um den Beschlusstext und nicht um die Begründung geht, hängen wir uns an diesen 5.000 Euro und an den 10 % auf. Kollege Reindl-Schwaighofer legte diesen Mitnahmeeffekt schon sehr gut dar. Auch mir fallen dazu die großen Mode- oder Pharmakonzerne mit Gebäuden in der Innenstadt, die durch den Mitnahmeeffekt eine städtische Förderung bekommen, ein. Diese steht ihnen nach der entsprechenden Verordnung auch zu.

Geht es aber darum für Ärzte einen Anreiz zu schaffen, ist man nicht einmal gewillt Zusammenzutreten und sich Vorschläge für Verbesserungen zu überlegen. Es wird in Kauf genommen, dass ab Herbst im Norden von Wels Gefahr besteht, dass tausende Welser ihren Hausarzt verlieren. Auch mir geht es nicht anders. Mein Hausarzt ist in ein Ärztezentrum gezogen. Für mich ist das kein Problem, da ich mobil bin. Wäre ich schon etwas älter und hätte ich am späten Abend niemanden, der mich hinbringen kann, so hätte ich hier schon ein Problem. Deshalb würde ich mir wünschen alle an einem Strang zu ziehen und alles daran zu setzen, dass die Gesundheitsversorgung der Welser und vor allem die allgemeinmedizinische Versorgung weiterhin aufrechterhalten werden kann.

GR. Hufnagl: GR. Mag. Parzmayr sagte, dass der Referent jetzt schon Förderungen für die Ärzte beschließen kann. Das große Problem der NEOS stellt die neue Förderrichtlinie dar. Diese ist so schwammig formuliert, dass die Entscheidungsgewalt zu 100 % beim Referenten liegt. Wir forderten damals schon genaue Richtlinien, damit einerseits die Unternehmen, andererseits in diesem Fall die Ärzte sofort erkennen, ob sie eine Förderung erhalten oder nicht. So sind sie auf den guten Willen angewiesen. Das ist nicht in Ordnung, weil es klare Regeln geben sollte, auch für Ärzte

StR. Lehner: Ich muss mich hier mit einer Richtigstellung zu Wort melden. Der Referent kann überhaupt keine einzige Förderung über 1.000 Euro vergeben. Es ist immer der Wirtschaftsausschuss. In der Folge ist der Stadtsenat oder der Gemeinderat zuständig für die Vergabe der Förderung. Wir förderten bereits eine praktische Ärztin, d.h. die Wirtschaftsförderung funktioniert auch bei den Ärzten. Ich bin aber der Meinung, es ist nicht wirklich ein Anreiz für eine Ordinationsgründung.

Wenn es mit Fördermittel gelingt Anreize zu schaffen ein Versagen in der sozialdemokratisch geführten Gebietskrankenkasse zu reduzieren, dann machen wir das in Wels sehr gerne. Wir bemühen uns die Welser Bevölkerung mit entsprechender medizinischer Versorgung zu unterstützen.

GR. Haböck: Ich möchte jetzt beiseitelassen, dass die Liberalen in Wels für noch mehr Förderungen und extra Subventionen sind. In letzter Zeit fiel mir auf, die SPÖ-Fraktion stellt Anträge mit konkreten Dingen. Soweit – so unspektakulär. Bei gewissem Gegenwind von der Koalition wird dann immer behauptet, das sei nicht Thema, sondern nur ein Vorschlag. Kollege Ganzert, es ist im Antrag nicht enthalten, es könnte das oder

das sein, sondern es steht konkret 10 % der tatsächlich geleisteten nachgewiesenen Investitionskosten, maximal jedoch 5.000 Euro.

Wir sind dagegen, weil wir der Meinung sind, eine Einmalförderung von höchstens 5.000 Euro (es können auch weniger sein) ist sicherlich nicht geeignet mehrere Hausärzte in Wels anzusiedeln. Sie haben ein komisches Bild von einem Hausarzt wenn sie glauben, dass jemand seinen beruflichen und Lebensmittelpunkt für 40 bis 50 Jahre nach Wels und nicht nach Gunskirchen oder andere Bezirke verlegen wird, weil er einmal höchstens 5.000 Euro erhalten wird.

Wollen wir eine Strategie im Gesundheitsbereich, so sollte das schon etwas darüber hinausgehen als einmal Geld zu verteilen. Deshalb bin ich über die Zustimmung der NEOS verwundert, die anscheinend in einem Förderwettbewerb mit der Stadt Wien sind, den wir natürlich nur verlieren können. Wir können diesem Antrag in dieser Form nicht zustimmen, sind aber gerne bereit über eine richtige Gesundheitsstrategie zu diskutieren.

Vzbgm. Huber: Es wurde schon sehr viel gesagt und man kann alles zu Tode reden. Diese 5.000 Euro könnten durch einen Antrag abgeändert werden. Das kann doch diesem Initiativantrag nicht entgegenstehen. Natürlich ist mir als Gesundheitsreferentin klar, dass 5.000 Euro nur ein Zuckerl für die Ärzte sein können. Wir müssen alles versuchen, um der kommenden Pensionierungswelle entgegenzuwirken und Ärzte nach Wels zu holen. Vielleicht hilft es – vielleicht auch nicht, aber es ist ein Versuch wert.

Natürlich, Peter, gibt es bei dir die Wirtschaftsförderung, aber die gibt es allgemein. Mir geht es als Gesundheitsreferentin um einen Lenkungseffekt für niedergelassene Ärzte, für Allgemeinmediziner mit Kassenvertrag. Ich glaube nicht Wahlärzte fördern zu müssen. Es geht rein um Ärzte mit Kassenvertrag, weil derzeit genau drei Stellen nicht besetzt sind. Die Praxen von Dr. Strobel und Dr. Habermusch sind zur Nachbesetzung ausgeschrieben. Einstweilen hat sich noch niemand dafür gefunden. Als Nachfolge für Dr. Angermayr haben wir Gott sei Dank jemanden gefunden, sodass die Situation im Herbst in der Neustadt wieder besser sein wird. Frau Dr. Dervic ist krank und wird wahrscheinlich nicht mehr praktizieren. Außerdem gehen demnächst noch einige Ärzte in Pension.

Dieser Initiativantrag wäre ein Versuch. Wenn es ein Bekenntnis der FPÖ/ÖVP-Koalition gibt, dann legt euch bitte nicht an 5.000 Euro fest. Arbeiten wir ein Instrumentarium aus.

StR. Hoflehner: Wer hätte das gedacht? Vor zehn Jahren musste man um eine Kassenstelle zu erlangen in der siebten, achten, neunten Generation Arzt sein und jetzt suchen wie alle in Österreich ganz verzweifelt nach Personen mit entsprechender Ausbildung. Unser Gesundheitssystem in Österreich zeichnet sich durch die Aufrechterhaltung der Gewährleistung des Zuganges zu Kassenärzten aus.

Es befremdet mich über „Konjunktiv“ und „Beispielsweise“ zu reden. Vielleicht verstehen wir die Situation noch nicht ganz. Es gibt in Wels Bürger unterschiedlichen Alters, die heute schon keinen Platz bei einer ärztlichen Versorgung mit Kassenvertrag finden. Wir müssen uns hier alle gemeinsam anstrengen. Es wurde heute im Bereich des Finanzwesens zu Recht bereits sehr viel gesagt über die Sorgfalt, wie wir mit den von den Steuerzahlern zur Verfügung gestellten Mitteln umgehen sollen. Wir befinden uns

österreichweit in einem Wettbewerb, um letztendlich die eine oder andere Stelle besetzen zu können.

Ich möchte bei diesem Wettbewerb nicht mitmachen, aber wir können die Augen nicht verschließen und sind alle aufgerufen den Welsern tatsächlich nach dem Motto „Wels ermöglicht“ zu helfen. Schöne Worte werden dafür aber nicht genügen, sondern wir werden uns etwas mehr anstrengen müssen. Die Richtlinien sind für mich ein Weg dorthin.

GR. Ganzert: Für den Kollegen Haböck wiederhole ich es noch einmal, weil ich es vorhin schon ausgeführt habe, dass nur der Beschlusstext beschlossen wird. Dieser ist mit Anführungszeichen explizit hervorgehoben: „Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, Richtlinien für die Förderung von Investitionskosten, die bei Ordinationsgründung von Ärzten für Allgemeinmedizin mit Kassenvertrag in Wels anfallen, auszuarbeiten.“

Dem hast du zugestimmt, aber man stößt sich dann an der Begründung: „diese Förderung könnte (Konjunktiv) beispielsweise (nur um ein gewisses Bild zu zeichnen) 10 %.....“.

Wenn du deine hier getätigten Aussagen ernst meinst und bekundest, dass du gerne etwas für die Richtlinien für die Förderung von Ordinationsgründungen tun möchtest, dann halte dich daran, denn es gibt einen ganz klaren Beschlusstext. Es wird einfach ein Grund gesucht, um als Koalition nicht mitgehen zu wollen. Frau Vzbgm. Huber meinte, wenn es denn nur um diese 5.000 Euro geht, dann könnte man das auch ändern. Stören diese 5.000 Euro, dann streichen wir sie; stören diese 10 %, streichen wir sie.

Wenn ihnen Wels so wichtig wäre, dann lehnen sie diesen Antrag nicht ab, sondern weisen ihn dem zuständigen Ausschuss zu, um gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. All das beweist, dass es den Gegenstimmen nicht um die Aufrechterhaltung der gesundheitlichen Versorgung der Welsener geht, sondern nur um I-Tüpfel-Reiter-Themen. Es kann deshalb nicht zugestimmt werden, weil der Antrag nicht wie 2016 von der eigenen Fraktion kommt, sondern weil er von der Sozialdemokratischen Fraktion kommt, die, wie so oft schon, einen positiven und wertvollen Vorschlag macht.

GR. Schäfer: Ich möchte klarstellen warum wir von der FPÖ- und ÖVP-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werden. Es geht uns nicht um 5.000 Euro oder 10.000 Euro. Es geht uns einzig darum, dass es dieses Instrument der Förderung schon gibt und dass das SPÖ-Gießkannensystem, welches schon jahrzehntelang praktiziert wurde, einfach nicht funktioniert. Diesen Kampf, beispielsweise mit Wien, können wir nicht gewinnen. Aus diesem Grund ist dieser Antrag abzulehnen.

GR. Wiesinger: Die ÖVP spricht für die ÖVP und die FPÖ für die FPÖ, so wie jeder andere auch für seine Fraktion spricht. Ich wollte mich nicht zu Wort melden, aber bei diesen Wortmeldungen muss ich jetzt einfach etwas sagen.

Österreich hat ein gutes Gesundheitssystem. Nach dieser Debatte habe ich das Gefühl gar keinen Arzt mehr zu finden bzw. es gibt keinen Arzt mehr und die Ärzte machen schlechte Arbeit. Nein, so ist es nicht! Wir haben ein gutes Gesundheitssystem und ja, es gibt dort Probleme. Ich habe hier einen Zeitungsartikel vor mir liegen, in dem es um den

Ärztmangel geht. Diesen gibt es nicht nur in Wels. Linz sucht seit 2016 einen Amtsarzt. Der Linzer Vizebürgermeister Wimmer meinte, es können sich sogar Asylwerber als Amtsarzt bewerben. Meistens scheitert es an den Deutschkenntnissen.

Wenn eine Förderung in Höhe von 5.000 oder 10.000 Euro das Patentrezept wäre um Ärzte zu bekommen, hätte die Stadt Linz, in der die SPÖ immer noch stimmenstärkste Partei bzw. tonangebend ist, das schon längst umgesetzt. Scheinbar ist dieses Rezept für Linz auch nicht geeignet. Reden wir nicht herum, nennen wir das Kind beim Namen. Um was geht es? Es ist für einen Arzt finanziell uninteressant einen Kassenvertrag in Österreich abzuschließen. Dieser gehört angepasst und das ist die einzige Möglichkeit, um mehr Kassenärzte zu bekommen. Es werden genug praktische Ärzte ausgebildet.

Vielleicht wäre es ein gangbarer Weg sich mit der GKK und der Ärztekammer zusammzusetzen, um Anreize und Maßnahmen zu besprechen. Vielleicht gibt es für die GKK Möglichkeiten für Ausnahmen die Kassenverträge zu öffnen, damit ein praktischer Arzt mehr bezahlt bekommt. Ich denke, dass ist der einzige Weg. Wegen einer Förderung kommt einfach kein einziger Arzt in irgend eine Stadt. Es ist einfach zu uninteressant einen Kassenvertrag mit der GKK abzuschließen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte deutlich machen wie StR. Lehner und GR. Wiesinger widersprüchlich argumentieren. StR. Lehner wirft Wien vor, dass sie unsolidarisch sei, weil sie die Verträge attraktiver machen. Du, Markus, sagst zu Recht, wir brauchen attraktivere Verträge, damit es für einen Arzt wieder attraktiv genug ist einen Kassenvertrag zu nehmen, um die flächendeckende Versorgung zu gewährleisten. Es geht in Wirklichkeit nur darum, dass die FPÖ- und ÖVP-Fraktion bei diesem Thema das Gefühl hat, sie hätten das selbst machen müssen und jetzt können wir dem nicht zustimmen. Wir werden in den nächsten Monaten sehen wie es mit der ärztlichen Versorgung in den Stadtteilen aussieht und jeder, mit dem ich gesprochen habe und der einen Hausarzt sucht, weiß, dass es in manchen Stadtteilen problematisch ist einen Arzt zu finden, der neue Patienten nimmt.

Es heißt noch lange nicht, dass der Antrag 100-prozentig wirksam sein wird. Es geht darum gemeinsam etwas auszuarbeiten. Bei der gemeinsamen Ausarbeitung könnte anstelle von 5.000 Euro 15.000 Euro Förderung vorgeschlagen werden.

Es geht um die medizinische Versorgung der Welser Bevölkerung. Zur Zeit haben wir noch ein hervorragendes medizinisches Betreuungssystem, aber wenn wir mit dieser Ignoranz weiterfahren, wird sich das verschlechtern.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Aufgrund der angeregten Debatte vielleicht einige Klarstellungen: Wer ist überhaupt zuständig für die medizinische Versorgung in der Stadt Wels? Diese ist übrigens keineswegs so schlecht, wie gerade dargestellt. Zuständig dafür ist jedenfalls die GKK Oberösterreich, nicht die Stadt und nicht das Land oder der Bund. Wie diese und vom wem diese geführt wird, hörten wir bereits. Erster Adressat für all die Dinge, die die Sozialdemokratische Fraktion von sich gibt, müsste die GKK sein. Dahin gibt es bekanntermaßen gute Kontakte, daher würde ich ersuchen euch zuerst an die GKK zu wenden.

Wie viele betrifft das? Wir haben in Wels 29 praktische Ärzte, zwei Stellen sind unbesetzt, eine wurde gerade vergeben. Wir reden hier über zwei potentielle Fälle in den nächsten zwei, drei Jahren. Mit eventuellen Pensionierungen reden wir über eine Förderrichtlinie für fünf Personen. Ich stelle mir in diesem Zusammenhang die Frage, ob das nicht wie bisher von der Wirtschaftsförderung mitgemacht werden kann, weil dieses Förderinstrument ja gut funktioniert.

Was ist der eigentliche Grund für diese große Aufregung in der SPÖ-Fraktion? Eigentlich möchte man ein Thema besetzen, wo offensichtlich gekünstelt versucht wird ein Instrument zu schaffen, welches für fünf potentielle Kandidaten gebraucht wird. Das heißt, zwei schon vorhandene und für drei in den nächsten Jahren in Pension gehende Kandidaten. Jetzt müssen wir uns noch etwas zusätzlich überlegen. Die praktischen Ärzte verdienen derzeit aus Kassenverträgen durchschnittlich 200.000 Euro jährlich. Kann bei diesem Verdienst eine einmalige Förderung von 5.000 Euro irgendeine Entscheidung beeinflussen? Beispielsweise wo ich als praktischer Arzt meine Praxis eröffne? Sind diese 5.000 Euro überhaupt relevant? Die Antwort ist nein – ein Arzt verdient dies in drei Tagen!

Die Gebietskrankenkasse in Wien hat von einer Gewährung von 40.000 Euro gesprochen, weil das einen Effekt hat - 5.000 Euro nicht. Ist das unbedingt erforderlich angesichts der potentiellen Begünstigten einer derartigen Förderung? Außerdem haben wir schon ein derartiges Förderinstrument, welches tatsächlich ausgeschöpft wurde. Dieser Förderbetrag ist im Verhältnis zum Einkommen so gering, dass es aus meiner Sicht kaum einen Lenkungseffekt hat. Aufgrund dieser Argumente ist eine zusätzliche Förderrichtlinie nicht vertretbar, die zusätzliches Personal kostet, die zusätzliche Abarbeitung und zusätzlichen Bürokratismus verlangt.

Lassen wir es so, wie es ist und fördern wir bei Bedarf die Ärzte einfach in dem Ausmaß weiter, wie wir es bisher schon gemacht haben. Die Ärztin war mit dieser Förderung zufrieden. Es war keine Notwendigkeit für eine neue Richtlinie vorhanden. Ich gebe zu bedenken: Fünf potentielle Fälle in den nächsten paar Jahren. Wir sollten die Kirche im Dorf lassen, die Gesundheitsversorgung passt. Einen größeren Erfolg sollte ein Gespräch mit der Gebietskrankenkasse bringen, als uns hier im Gemeinderat über eine Diskussion aufzureiben, ob wir eine neue Förderrichtlinie über 5.000 oder 10.000 Euro brauchen in Anbetracht dieser Umstände.

GR. Wildfellner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Eigentlich betrifft es ja sie am meisten. Sie sind Bürgermeister der Stadt Wels und sie sagen es betrifft nur fünf Fälle. Das sind aber 10.000 Welser Patienten. Wie können sie das so einfach wegwischen? Ich kann das nicht. Es ist unsere Pflicht ein Regelwerk oder irgendetwas zu finden, um die Welser Bevölkerung zu versorgen.

Ich werde im Oktober auf sie zukommen und mit einigen Patienten von Dr. Strobel bei ihnen im Sprechzimmer erscheinen. Diese haben dann überhaupt keine Versorgung mehr, weil kein praktischer Arzt die Nachfolge antritt. Bei der Wirtschaftsförderung fragt niemand ob jemand 200.000 Euro Gewinn hat und eine Förderung von 5.000 oder 10.000 Euro bekommt. Wieso kann das nicht bei den Ärzten angewendet werden?

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Haben wir ja! Tun wir ja!

GR. Wildfellner: Dann machen sie doch einen Vorschlag und einigen sie sich.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Vzbgm. Kroiß: Dr. Strobel ist auch mein Hausarzt und ich habe mit ihm bereits darüber gesprochen, warum es nicht nur in Wels so wenig Allgemeinmediziner gibt. Seine Antwort: Unnötiger Schriftverkehr, ein unattraktives Abrechnungssystem sondergleichen, denn je mehr Patienten, desto weniger Geld. Die Investitionskosten für die Einrichtung war noch nie ein Thema bei den Ärzten.

Wir müssen uns wirklich fragen, warum so wenige Ärzte Allgemeinmediziner werden und nicht über den Vorwurf, dass ab Oktober der Bürgermeister schuld sei, weil niemand einen Hausarzt findet. Das hat nichts mit der Förderung zu tun, denn die Förderung für Allgemeinmediziner bei Praxiseröffnung gibt es bereits. Dafür braucht es keine zweite Förderung. Aber wir müssen mit der Gebietskrankenkasse sprechen und klären, warum der Beruf des Allgemeinmediziners so unattraktiv ist. Das allerdings nicht nur in Wels, sondern woanders auch. Das Fördersystem gibt es bereits.

Vzbgm. Huber: Ich kann Herrn GR. Wiesinger nur Recht geben, dass natürlich der Hebel bei der Gebietskrankenkasse angesetzt werden muss. Der Herr Bürgermeister und ich werden das einfordern. Dass diese Förderung für den Allgemeinmediziner kein Allheilmittel ist, weiß ich auch, aber es wäre ein Zuckerl. Bei der Wirtschaftsförderung gibt es keinen Lenkungseffekt, denn diese bekommt jeder Arzt. Unser Bestreben war, dass nur Allgemeinmediziner mit Kassenvertrag eine Förderung bekommen.

Die Kollegin Wildfellner möchte ich unterstützen, denn es geht natürlich nur um wenige Ärzte. Derzeit geht es um die Nachfolge dreier Ärzte. Ich zeige ihnen die Unterschriftenliste, die ich bekam als Frau Dr. Angermayr in Frage gestellt war, in der mit der Unterschrift der dringende Wunsch nach Nachbesetzung eines praktischen Allgemeinmediziners in Wels-Neustadt bekräftigt wird. Es muss klar sein, dass davon viele Menschen betroffen sind. Ob diese Förderung Erfolg bringt, wissen wir nicht, aber einen Versuch wäre es immer wert.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Wir haben ein derzeit funktionierendes Förderinstrument, welches Ärzte schon unterstützt hat und welches nicht unkritisch jeden fördert. Liebe Silvia, es gibt einen Ausschuss zur Beratung und aufgrund dieser Beratung wird beschlossen, wer diese Förderung bekommt oder nicht bekommt. Es hat noch kein einziger Privatarzt eine Förderung erhalten, sondern ausschließlich ein praktischer Arzt mit Kassenvertrag. Bis jetzt ist dieser Bedarf nur einmal entstanden. Das ist auch der nächste Kritikpunkt, weil eine solche Situation durchschnittlich einmal im Jahr entsteht.

Für einmal im Jahr eine neue Förderrichtlinie auszuarbeiten, wenn ich eine andere funktionierende habe, ist mir unverständlich. Es geht nicht um diese 5.000 Euro, denn diese haben keinen Lenkungseffekt. Kommt ein praktischer Arzt mit Kassenvertrag zu uns nur wegen dieser 5.000 Euro, werde ich Herrn StR. Lehner ersuchen diese 5.000 Euro aus der Wirtschaftsförderung zu lukrieren. Der Ausschuss wird das dann entsprechend beschließen - zumindest für meine Fraktion gehe ich davon aus. Es gibt

ein bewährtes Förderinstrument, welches auch für praktische Ärzte geeignet ist. Wir haben das schon gemacht und wir bekennen uns dazu.

Der Grund warum wir keine praktischen Ärzte haben ist die Überbürokratisierung, der Schriftverkehr und dafür ist nicht der Bürgermeister der Stadt Wels zuständig, sondern die GKK Oberösterreich. Weshalb diese Unterschriftenlisten nicht in der Gemeinde landen sollten, sondern bei der GKK Oberösterreich. Ich bin gerne bereit diesen zu mir kommenden Bürgern zu erklären, dass ich als Bürgermeister voll in ihrem Interesse tätig sein werde, aber leider die von der SPÖ geführte GKK Oberösterreich dafür zuständig ist. Diese muss die Regeln erstellen damit wir einen Arzt haben und nicht die Gemeinde.

Ich habe kein Problem diese Zuständigkeit von der GKK Oberösterreich zu übernehmen, denn ich glaube wir könnten das als Stadt viel besser. Insofern machen wir eine Gesetzesänderung und nehmen das selbst in die Hand. Wir werden dabei sicher sehr erfolgreich, sehr attraktiv sein und werden das genauso gut machen wie viele andere Dinge. Tatsache ist, dass bis jetzt die GKK Oberösterreich für all diese Dinge, nicht nur für den Vertragsabschluss und das Finden einer entsprechenden Nachfolge, zuständig ist. Leider hat die Stadt hier keine Kompetenzen. Das muss zur Kenntnis genommen werden, deshalb freue ich mich schon auf einen allfälligen Besuch der Patienten, mit Hinweis „Anfragen an die GKK Oberösterreich“.

Ich sagte zu Frau Vzbgm. Huber, dass wir in diesem Zusammenhang Kontakt mit der GKK und der Ärztekammer aufnehmen, weil diese Pauschalierung verhindert, dass ein Arzt, der sogar noch ein Zeitpotenzial hätte, mehr Patienten nimmt. Laut Gesprächen mit mehreren praktischen Ärzten würden diese noch zusätzliche Patienten aufnehmen, jedoch sagen diese: „Ich bin gedeckelt, mehr kann ich nicht verdienen und ich werde nicht meine Freizeit dafür verwenden zusätzliche Patienten zu behandeln und dafür nichts zu verdienen.“ Das ist ein sehr leistungsfeindliches System.

Insofern lassen wir die Problemstellungen dort wo sie tatsächlich hingehören. Die Förderrichtlinien bieten jetzt schon ausreichend Spielraum um auch Ärzte zu fördern. Ein eigenes Förderinstrument für fünf Fälle in ein paar Jahren ist aus meiner Sicht nicht erforderlich.

GR. Schönberger: Danke für die angeregte Diskussion! Die Zuteilung der Wortmeldungen der einzelnen Fraktionen ist ersichtlich, deshalb sollte sich jeder selbst mit den Anträgen besser auseinandersetzen, dann würde das sinnerfassende Lesen wieder mehr um sich greifen.

Es kann sich jeder mit der Ablehnung an diesem Antrag vorbeischieben, aber nicht an der Tatsache dieses Antrages. Wenn sie sagen das bestehende Instrument genügt vollkommen, dann stellt sich die Frage, warum so viele neue Betriebe nach Wels kommen? Natürlich, weil wir dieses Wirtschaftsservice haben, weil wir auf der Homepage all jene Dinge präsentieren, die wir bevorzugt den Unternehmen zugutekommen lassen. Wo findet der Arzt diese Präsentation, warum er nach Wels kommen soll? Dass er zum Wirtschaftsreferenten anstelle der Gesundheitsreferentin gehen muss, wenn er nur eine Förderung haben möchte, frage ich mich warum wir die Sportförderungen beim Sportreferenten angesiedelt haben? Das könnte doch gleich StR. Lehner mitmachen. Dann halten wir nur mehr einen Förderausschuss ab. Dieser erledigt alle Förderangelegenheiten der Stadt Wels und es braucht sich überhaupt kein Referent

mehr darum kümmern. Genau genommen landen im Endeffekt alle Förderungen im größeren Umfang beim Bürgermeister.

Wenn es um die Gesundheit geht, soll ein Instrument geschaffen werden, das auch für den, der sich dafür interessiert zu finden und abzurufen ist. Das soll dargestellt werden. In den Landgemeinden hat ein Allgemeinmediziner natürlich die Unterstützung des Bürgermeisters, weil dieser froh ist für seine 4.000 Bürger endlich einen Mediziner zu bekommen und erhält mit Glück eventuell eine Hausapotheke dazu. Dieser nimmt dann natürlich sofort diese Stelle an.

Der Antrag soll der Auftakt zu einer Diskussion sein, wie wir dieses Problem lösen. Wenn sie sich auf die Kassenseite der Ärztekammer OÖ begeben werden sie feststellen, dass seit Anfang des Jahres 76 Ausschreibungen für Allgemeinmediziner vorhanden sind. Es gab auch 40 Bewerbungen dafür, wobei 12 bis 13 Stellen nachbesetzt wurden. Das heißt, es gibt nach wie vor Interesse Allgemeinmediziner zu werden und sich niederzulassen. Allerdings müssen diese abgeholt werden. Genau um dieses Abholen geht es. Wir können sagen, dafür sind nicht wir sondern die Gebietskrankenkasse zuständig. Nur der GKK ist es egal, wo ein Allgemeinmediziner sich niederlässt, weil sie froh sind überhaupt eine Stelle nachbesetzen zu können. Der GKK ist Wels explizit kein Anliegen.

Aber ihnen, Herr Bürgermeister, muss Wels ein Anliegen sein. Für das sind sie von den Welsern gewählt worden. Deshalb stellen wir heute diesen Antrag. Es wird nicht das letzte Mal sein dieses Thema in den Gemeinderat zu bringen, denn es wird sich die Situation definitiv nicht verbessern. Wir haben heute mehr als 15.000 über 60-Jährige und knapp 10.000 Bürger im Kindesalter, also jene, die einen Arzt am meisten benötigen. Der Allgemeinmediziner wird nicht nur wegen beginnender Grippe, sondern auch bei den ersten Anzeichen psychischer Probleme aufgesucht. Benötigen sie einen Psychologen oder Psychiater, so erhalten sie unter zwei Monaten Wartezeit keinen Termin. Auch hier hilft der Hausarzt sehr gut, weil er als Vertrauensperson und Gesprächspartner auf eine jahrelange Erfahrung bzw. Kontakt mit dem Patienten zurückgreifen kann.

Es geht darum, diesen Ansprechpartner für alle Welsler in Zukunft zu garantieren. Stimmen sie heute dagegen, dann machen sie das. Aber dann erklären sie den Bürgern warum sie ihnen keinen Hausarzt vergönnen.

Der Initiativantrag (Anlage 14) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 11 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Sönser war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl ergreift noch die Gelegenheit sich offiziell bei SenR. Dr. Bernd Spitzer zu bedanken, da dieser seinen wohlverdienten Ruhestand antreten wird. Er war einer der längstens dienenden Beamten in der höheren Verwaltung, die wir überhaupt im Hause hatten. Es ist eine Frage des Anstands von mir in der Öffentlichkeit seine Verdienste zu würdigen. Er war ein Abteilungsleiter, der immer mit voller Begeisterung und vollem Einsatz bei der Sache war, hohe Fachkompetenz hat und darüber hinaus auch die notwendige Ruhe ausstrahlt, die benötigt wird, wenn mit Bürgern kommuniziert wird und Bürgeranliegen abgearbeitet werden sollen und müssen. Diese Eigenschaft hat er bei zahlreichen von ihm geleiteten Verhandlungen zum Vorschein gebracht, die er erfolgreich abwickelte. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei SenR. Dr. Bernd Spitzer bedanken und wünsche ihm alles Gute für seine Pension. Er soll sie genießen!

Applaus!

Der Bürgermeister erklärt nach diesen Dankesworten diese Sitzung des Gemeinderates für geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 09.07.2018 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.